Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbmonatlich 60 Mark. Einzelverkaufspreis 5 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 16 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 50 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 246. Freitag, 20. Oktober 1922. 29. Jahrgang.

# Lloyd George zurückgetreten.

## Ein Ministerium Bonar Law.

London, 20. Oktober.

**In der gestrigen Sitzung der konservativen Minister und Parlamentsmitglieder wurde ein Antrag auf Auflösung der Regierung zum Beschluß erhoben. Der Beschluß ging durch, obgleich Chamberlain, der Führer der Parteifraktion, für das Weiterbestehen der Koalition mit den Liberalen eintrat. Bald darauf erfolgte eine eilig zusammenberufene Konferenz der unionistischen und liberalen Minister. Lloyd George berief dann eine Vollsitzung des Kabinetts ein. Der König war inzwischen nach London zurückgekehrt. Lloyd George überreichte ihm im Buckinghampalast den Rücktritt der Regierung, die der König annahm. Der König sandte darauf nach Bonar Law und ersuchte ihn um die Neubildung des Ministeriums. Bonar Law hat den Auftrag angenommen.**

* * *

Lloyd George hatte sich nach dem Kriege zu einer Persönlichkeit von größter internationaler Bedeutung, von überragendem Ausmaße entwickelt. Sein starkes Temperament, seine lodernde Energie, verbunden mit einer schlangenklugen und originellen Gewandtheit, machten ihn zum führenden Kopfe der Ententepolitik der Zeit nach Clemenceau.

Mag die Orientkrise Lloyd Georges Sturz beschleunigt haben, mag der Mißerfolg von Tscharnak äußerer Anlaß der oppositionellen Stimmung gegen ihn gewesen sein, der tiefere Grund des Abganges des Ministeriums Lloyd Georges liegt in der innerpolitischen Entwicklung Englands. Das englische Volk sehnt sich nach Ruhe zurück und nach Klarheit. Es will wieder eine konservative — oder liberale Regierung haben. Aber die Koalitionspolitik der Nachkriegszeit, mit ihrer faszinierenden, doch schwankenden Linienführung, war für die Zeit der Verträge und der schnell wechselnden Verhandlungsergebnisse angebracht; jetzt aber soll wieder die alte durchsichtige parlamentarische Klarheit eintreten der letzten Jahrzehnte der Vorkriegszeit. Das ist der Wunsch der großen Mehrheit des englischen Volkes. Und diesen Wünschen müssen alle Parteien Rechnung tragen. Die Konservativen haben in ihren eigenen Reihen schon lange mit starken Widerständen gegen die liberale Freundschaft zu kämpfen; und auch die Liberalen sehnen sich nach ihrer alten Freiheit zurück.

Die treibende Kraft bei der zuspitzenden Entwicklung der letzten Wochen waren allerdings die Rechtskonservativen, die sogenannten Unionisten. Hatte mit dem scharf konservativen Minister Winston Churchill Lloyd George schon lange manche Schwierigkeiten, so rückten zuletzt auch andere Kollegen von ihm ab. So zeigte sich Lloyd George am letzten Sonnabend bei einer Rede in Manchester denn auch stark gereizt, fand es aber angebracht, nicht über die Konservativen die Schale seines Aergers auszugießen, sondern über ungetreue Liberale, vor allem Lord Gladstone, den er in kränkendster, ja verächtlichmachender Form mit seinem berühmten Vater verglich. Daneben gab sich Lloyd George melancholisch, ruhebedürftig, jedoch ohne klar auszusprechen, daß er aus dem Amte scheiden wolle. Die Entschiedenheit aber, mit der in den allerletzten Tagen die Konservativen den Willen, Farbe zu bekennen, an den Tag legten, hat den Rücktritt unvermeidlich werden lassen.

Lloyd George verläßt die politische Bühne — vorläufig — beladen mit dem Haß Frankreichs. Verrat ist das wenigste, was man ihm dort vorwirft. Sein Rücktritt wird deshalb wohl als französischer Sieg ausgedeutet werden. Allerlei Bedenken steigen deshalb auf über die zukünftige Haltung Frankreichs.

Sein Nachfolger, Bonar Law, erfreut sich allerdings keiner bedeutenden Sympathien in Paris. Gilt er doch als ein ausdrücklicher Gegner der französischen Orientpläne.

Doch liegt die ganze kommende englische Politik im Dunkel der Zukunft. Baldige Neuwahlen zum Unterhaus werden erst Klärung bringen, die endgültige Entscheidung herbeiführen. Bonar Law führt nur ein Uebergangsministerium.

## Die entscheidende Abstimmung der englischen Konservativen.

London, 20. Oktober.

Die gestrige Sitzung der Konservativen, welche die Forderung des Rücktritts der Lloyd-George-Regierung zum Beschluß erhob, stand unter dem überwiegenden Einfluß von Bonar Law. Er war der Hauptredner gegen das Weiterbestehen der Koalition. In einer markanten Rede betonte, er, die Unabhängigkeit der Konservativen Partei sei notwendig, damit das Parlament seine Einigkeit wieder erlangen könne. Diese Erklärung Bonar Laws machte einen großen Eindruck und scheint in erster Linie das Ergebnis der Abstimmung herbeigeführt zu haben. Diese fiel dahin aus, daß sich 186 Mitglieder für seine Unabhängigkeitspolitik aussprachen, während nur 37 Stimmen die Politik Charmberlains für das Weiterbestehen der Koalition billigten. Man erwartet, daß die Wahlen recht bald abgehalten werden. Vermutlich werden die Konservativen, die nunmehr ihre Unabhängigkeit erklärt haben, dabei ihr eigenes Programm verfechten. Bonar Law hat allerdings in seiner Rede durchblicken lassen, daß eine Zusammenarbeit mit den Koalitionsliberalen nicht ausgeschlossen sei.

## Die außenpolitischen Folgen.

Haag, 20. Oktober.

Der Brüsseler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamschen Courant erfährt aus dortigen offiziellen Kreisen, daß im Augenblick keine Rede davon sein könne, eine interalliierte Konferenz in Brüssel zusammenberufen. Erst wenn die Wiedergutmachungskommission den Vorschlag John Bradburys behandelt habe, wird es möglich sein, das Programm der Konferenz aufzustellen und die Vertreter der Alliierten Länder zusammenberufen. Dieses Programm müsse die Erörterung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen vorsehen, ebenso die einer internationalen Anleihe und schließlich auch das Problem der interalliierten Schulden. Punkt 2 und 3 dieses Programms machen eine Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz unvermeidlich. Auch für die Orientfriedenskonferenz sei die Parlamentsauflösung in England sicher nicht ohne Bedeutung. Die Friedenskonferenz werde wohl nicht sobald stattfinden können, wie ursprünglich angenommen wurde.

## Die Wirkung der Demission Lloyd Georges in Paris.

Paris, 20. Oktober.

Die Meldung vom Rücktritt Lloyd Georges und seines Kabinetts traf kurz nach 4 Uhr nachmittags hier ein. Die Ausgaben der Abendblätter verschwanden im Nu in der Menge. Das Ereignis war nach dem Ausfall der gestrigen konservativen Fraktionssitzung zu erwarten, ebenso, daß der König die Bildung des neuen Kabinetts Bonar Law übertragen werde. Für Frankreich hat der Name Bonar Law keinen sehr erfreulichen Klang, da er noch kürzlich die englische Orientpolitik zu energisch verteidigt und die französische Regierung wegen ihres Rückzuges von den Meerengen mit Vorwürfen nicht verschont hat. Vorläufig aber empfindet man hier das Verschwinden Lloyd Georges wie das befreiende Ende eines Alpdruckes.

# „Moses und die Propheten!"

## Eine komische Berichtigung.

In der Mittwochnummer des „Volksboten" hatten wir uns erlaubt, dem verflossenen Oberkommando der „Lüb. Anz." einen kleinen und gerührten Nachruf zu widmen. Dieser Nachruf hat an seinem Bestimmungsort Anstoß erregt; man schickt uns eine Berichtigung. Wäre dabei nicht gleich mit dem schweren Geschütz des § 11 geschossen worden, so hätten wir, angesichts des merkwürdigen Inhalts, nur an einen guten Scherz glauben können. So aber! Doch man höre:

D./Bl. Lübeck, den 19. Oktober 1922.
Königstr. 46, Postfach 18.

An die Redaktion des
„Lübecker Volksboten"
Hier.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um folgende tatsächliche Berichtigung der in der Nummer vom 18. Oktober des Lübecker Volksboten enthaltenen unrichtigen Behauptungen:

1. Herr Max Stavenhagen hat nicht „sang- und klanglos" unsere Schriftleitung verlassen, sondern das Ausscheiden aus der Hauptschriftleitung unserer „Lübeckischen Anzeigen" ist in Nummer 459 vom 1. Oktober in aller Form mit ausdrücklicher Würdigung seiner Verdienste um unsere Blatt angezeigt. (Beweis beifolgende Zeitung).

2. **Gegenüber den im dritten Absatz des Artikels enthaltenen Unterstellungen erklären wir, daß „Moses und die Propheten" bei seinem Ausscheiden nicht mitgewirkt haben.**

3. Das Ausscheiden des Herrn Stavenhagen ist auf eigenen Wunsch und aus privaten Gründen, wie am 1. 10. in unserm Blatt mitgeteilt, erfolgt.

Somit entfallen alle weiteren im letzten Abschnitt gemachten Unterstellungen, als ob das Ausscheiden des Herrn Stavenhagen aus unserer Hauptschriftleitung nicht auf sein eigenes, sondern unser Verlangen erfolgt sei.

Hochachtungsvoll
Verlag und Redaktion der Lübeckischen Anzeigen
und Lübecker Zeitung.
Gebrüder Borchers G. m. b. H.
gez. Adolf Rey. gez. Dahms. gez. C. Neckels.

Ist das nicht eine komische Berichtigung? Jedenfalls ist sie der beste Witz, der jemals in der Dunkelkammer in der Königstraße das Licht der Welt erblickte.

Meine Herren Rey, Dahms und Neckels! Sie gehen von einer ganz falschen Voraussetzung aus! Sie nehmen an, wir hätten mit „Moses und den Propheten" Sie gemeint? Oh nein! Wen von Ihnen hätten wir denn als Moses, und wen nur als gewöhnlichen Propheten bezeichnen können? Diese Unterscheidung wäre uns doch sehr schwer geworden!

Im Gegenteil! Bei unserer Bemerkung „Moses und die Propheten" dachten wir an etwas „Höheres", das auch über Ihnen und Ihren Häuptern schwebt. „Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt! Wenn das Geld der Republik aber nicht mehr klingt, die „Lübeckischen Anzeigen" in den Himmel springen!"

Dies als kurze erklärende Vorrede. Zu den drei berichtigten Punkten selbst ist nur wenig zu sagen: 1. War ein Nachruf von 15 Zeilen nicht etwas „klang- und sanglos" bei dem Abschied eines bisher „kommandierenden Majors"? 2. Ein Mißverständnis, wie in der Vorrede erklärt! 3. Solche „Veränderungen" werden immer auf den „eigenen Wunsch" oder „aus privaten Gründen" des Hinausgeworfenen vorgenommen. Manchmal allerdings auch aus Gesundheitsrücksichten!

Sollten auch jetzt noch Mißverständnisse obwalten, so erbitten wir weitere Berichtigungen.

# Frankreichs neue Pläne.

## Lösung der Weltschuldenfrage.

SPD. Berlin, 19. Oktober.

Am Freitag wird sich die Reparatioskommission voraussichtlich mit der Denkschrift der französischen Regierung über die Lösung des Reparationsproblems und die Sanierung der deutschen Reichsfinanzen beschäftigen. Diese Denkschrift gilt als **Gegenvorschlag auf die Pläne Bradburys**, die bekanntlich in der französischen Presse mit viel Uebereifer abgelehnt wurden, deren Grundlagen sich jedoch jetzt die französische Regierung mit einigen Abänderungen zu eigen gemacht hat. Soweit bisher Verlautbarungen über den Inhalt der französischen Gegenvorschläge vorliegen, sollen sie auf die Reform und die Kontrolle der deutschen Finanzen nicht eingehen und ebenso die wichtige Frage des Moratoriums und der Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen ausschalten, sich im übrigen aber mit dem Vorschlage Bradburys decken. Neue Sicherungen und Sanktionen werden angeblich nicht verlangt. Der Sinn der ganzen Denkschrift scheint **weniger die Herbeiführung einer Stabilisierung der Mark**, überhaupt einer Hilfe für Deutschland zu sein, **als vielmehr den Zweck zu erzielen, die in Aussicht genommene Finanzkonferenz zustande zu bringen, die im Zusammenhang mit der Reparationsfrage das Weltschuldenproblem lösen soll.**

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Denkschrift der französischen Regierung ohne Drohungen und neue Pläne zu Gewaltmaßnahmen Anklang bei den Vertretern der übrigen Regierungen findet. Aber es scheint doch noch sehr fraglich zu sein, ob der französische Plan angenommen wird. Was helfen Europa schöne Beschlüsse der Reparationskommission, die das Grundübel des europäischen Finanzelends kaum streifen und kaum positive Auswege zur Linderung angeben. Was der Welt zugute kommt und was Deutschland not tut, ist ein langfristiges Moratorium zum mindesten in dem Maße, wie es der Engländer Bradbury in seinem Vorschlage vorgesehen hat. Maßgebende Finanzpolitiker Europas haben die Notwendigkeit eines Moratoriums für Deutschland und die Durchführung von durchgreifenden Stabilisierungsmaßnahmen längst anerkannt. Auch die meisten Regierungen der alliierten Staaten sind heute davon überzeugt, daß auf dem von Frankreich beschrittenen Wege der Finanzpolitik nicht fortgefahren werden kann und daß ohne Unterstützungsaktion zugunsten der deutschen Mark auch Europa kaum wieder gesunden kann. Es läge nur im Interesse der Ententeländer, wenn man nun endlich auch in Konsequenz der oft zum Ausdruck gebrachten vernunftgemäßen Auffassung handeln würde. Dazu beizutragen, liegt vor allem bei der Reparationskommission, die jedenfalls heute oder in den nächstfolgenden Tagen Beschlüsse faßt, welche nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europas Zukunft ausschlaggebend sind.

# Dollar 3500.

## Besatzungswillkür gegen Parlamentarier.

Sämtliche Fraktionen des Reichstags, mit Ausnahme der Kommunisten, haben folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Im Laufe des letzten Jahres haben die Besatzungsbehörden im besetzten Rheinland sich mehrfach Uebergriffe erlaubt gegen Parlamentarier des Deutschen Reiches oder der Länder. Es sind Verhaftungen vorgekommen trotz der gesetzlich festgelegten Immunität der Abgeordneten. Vernehmungen haben ohne genügenden Anlaß stattgefunden. Sachliche Reden der Abgeordneten in den Parlamenten oder in Versammlungen auch im unbesetzten Gebiete sind zum Gegenstande von Untersuchungsverfahren gemacht worden.

Welche Schritte hat die Reichsregierung demgegenüber unternommen zwecks Wahrung der Immunität gegenüber den Abgeordneten seitens der Besatzungsbehörden?"

## Lugano als Ort der Friedenskonferenz.

Paris, den 19. Oktober.

**Die griechisch-türkische Friedenskonferenz wird nun ziemlich sicher in Lugano abgehalten werden. Voraus gehen wird eine Sachverständigenkonferenz, die in Paris zusammentreten wird. Ein großer Teil der in den Meerengen konzentrierten englischen Flotte ist nach Malta zurückbefohlen worden.**

# Reichstag.

259. Sitzung vom 19. Oktober, 2 Uhr nachm.

Die Interpellation Stresemann (DVp.) über die Vorgänge am Zirkus Busch soll in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

In der fortgesetzten Beratung über die Erhöhung des Umlagegetreides nimmt

Abg. Blum (Z.) den Bauern gegen den Vorwurf, er sei allzu egoistisch, in Schutz. Die Landwirtschaft leistet wirkliche Arbeit für die Allgemeinheit. Die Produktion muß gesteigert werden; das ist aber nicht durch die Zwangswirtschaft zu erreichen. Da der Dollarpreis auch die Produktionskosten der Landwirtschaft beeinflußt hat, ist die Erhöhung der viel zu niedrigen Preise des Umlagegesetzes unbedingt notwendig.

Abg. Cuno (DVp.): Der Landwirtschaft kann ebensowenig wie einem anderen Stand zugemutet werden, ihre Produkte zu einem Siebzehntel des Marktpreises abzuliefern. Die Folge wäre eine katastrophale Einschränkung des Getreidebaues.

Abg. Röhme (Dem.) verlangt von der Regierung eine intensive Aufklärungsarbeit, um eine gerechte Beurteilung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse durch die Bevölkerung zu erreichen. In der Produktionsförderung ist so viel versäumt worden, daß die Getreideanbaufläche bedauerlicherweise sehr zurückgegangen ist. Der Vorschlag der preußischen Regierung zur Stickstoff-Versorgung ist begrüßenswert, weil er geeignet ist, die Produktion zu steigern. Der augenblickliche Preis für das erste Umlagedrittel ist unmöglich; auch der in der Vorlage vorgesehene Preis muß in der Kommission erhöht werden, wenn er ausreichen soll.

Abg. Heydemann (Komm.): Den Agrariern kommt die Regierung immer entgegen, während sie für die Arbeiterschaft immer nur schöne Worte übrig hat. Die Agrarier denken gar nicht an eine Steigerung der Produktion. In hochverräterischer Weise sabotieren sie die Volksernährung. Dem Raubbau der Agrarier gegenüber muß das Kontrollrecht der Betriebsräte verstärkt werden. Ehe wir zugrunde gehen, werden wir Gewalt gegen Gewalt setzen.

Abg. Heim (Bayr. Vp.) verzichtet auf das Wort, da er nach dem Kommunisten sprechen soll, was der Uebung widerspreche, daß die Redner nach der Stärke der Fraktionen zu Worte kommen sollen.

Präsident Loebe betont in einer längeren Auseinandersetzung, die sich an die Erklärung des Abg. Heim schließt, daß die Rednerliste durchaus korrekt geführt worden ist.

Abg. Ledebour (USP.) spricht sich gegen die Erhöhung der Getreidepreise aus. Die Sozialdemokratie darf nicht nur die Vorlage ablehnen, sie muß auch die Konsequenz ziehen und aus der Regierung austreten. Aber ihre Minister kleben so auf ihren Sesseln, daß sie sich bei der Abstimmung nicht einmal erheben werden. (Gelächter.) Die große Koalition wird die Folge der Verabschiedung dieser Vorlage sein. Auch gegen die neue Regierungskoalition werden wir mit mit aller Kraft ankämpfen. Das Proletariat wird uns dabei unterstützen.

Die Anträge der Demokraten und des Zentrums betr. die Kleinrentnerfürsorge und die sozialdemokratischen Anträge über die Aenderung des Einkommensteuergesetzes werden debattelos den Ausschüssen überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Verlängerung der Demobilmachungsverordnung, Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten, Antrag Hergt auf Abänderung der Umsatzsteuer, Antrag Hergt auf Abänderung der Kohlensteuer. — Schluß 6 Uhr.

## Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 18. Oktober.

Die vierte Internationale Arbeitskonferenz wurde heute vormittag unter starker Beteiligung von Presse und Publikum im Kursaal-Theater der Stadt Genf mit einer Rede des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts Fontaine-Frankreich eröffnet. Zum Präsidenten der Konferenz wurde wieder der Präsident des Vorjahres Lord Burnham-England gewählt, der in einer längeren Ansprache die Aufgaben der diesjährigen Tagung zusammenfaßte und darauf hinwies, daß die ernsten Probleme des Handels und der Industrie nur noch international behandelt werden könnten. In diesem Zusammenhang erwähnte er besonders die Rede Mac Kennas auf dem amerikanischen Bankierkongreß. Die Geschäftsleute, so fuhr Lord Burnham fort, seien jetzt überall im wahren Sinne des Wortes international. Die Industrie in Europa, aber auch die Industrie in Amerika könne nicht mehr isoliert bleiben, ebenso sei der Geist der Industrie ein Gegner des militaristischen Geistes, wenngleich auch der Militarismus oft zu ungesunden industriellen Expansionen geführt habe. Die moralische Abrüstung, von der de Jouvenel auf der Völkerbundsversammlung gesprochen habe, könne nur erreicht werden, wenn man alle Kräfte den Friedensindustrien zuführe, wozu aber gesunde industrielle Verhältnisse gehörten.

Auf der Konferenz sind 54 Staaten vertreten durch Regierungsbeamte, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierte. Für die deutsche Regierung sind erschienen: Ministerialdirektor Dr. Leymann vom Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat Scholz vom Reichsministerium des Innern mit den technischen Beiräten Legationsrat Dr. Raste und Regierungsrat Kuttig. Für die Arbeitgeber Kommerzienrat Vogel, für die Arbeitnehmer der frühere Reichsminister Rudolf Wissell.

## Russische Gefängnistragödien.

Vor kurzem ist in Moskau, wie bereits in der Presse kurz berichtet wurde, der Sozialrevolutionär Schischkin zum Tode verurteilt worden, weil er Schriftsatz, Stempel usw. bei sich in Verwahrung hielt. Aus Moskau werden nun dem „Sozialistischen Boten" erschütternde Einzelheiten dieses Prozesses mitgeteilt. Schischkin wurde, ohne daß er das Anklagematerial kennen lernen konnte, aus dem Lefortowo-Gefängnis zum Revolutionstribunal gebracht, dort verurteilt und ins Gefängnis zurückgebracht. Das Todesurteil sollte binnen 24 Stunden vollstreckt werden. Davon erhielten die in diesem Gefängnis internierten Genossen Wasiljew, Ledermann, Walschof und [illegible], die im Prozeß der Rostower Sozialdemokraten verurteilt worden sind und jetzt ihre Gefängnisstrafe verbüßen, Kenntnis und schafften den zum Tode Verurteilten in ihre Zelle, um ihn vor der Hinrichtung zu schützen. Die Gefängnisverwaltung drohte mit allen möglichen Strafen, fürchtete aber dennoch die Wache zu rufen und Gewalt gegen die Gefangenen anzuwenden. Inzwischen stellten die Angehörigen des zum Tode Verurteilten und seine Verteidiger vor dem Gefängnis Wache, bis die Angelegenheit dem Präsidenten des Zentralen Exekutivkomitees überwiesen wurde. Welchen Ausgang die Sache genommen hat, ist vorläufig unbekannt. Jedenfalls aber haben die Rostower Genossen durch ihr entschlossenes Eintreten den Genossen Schischkin vor der Hinrichtung bewahrt.

## Im Haushaltsausschuß

des Reichstages berichtete am Donnerstag Gen. Steinkopf über die siebente Ergänzung des Besoldungsgesetzes, die das Plenum am Mittwoch dem Ausschuß überwiesen hat. Es wurde beschlossen, eine Unterkommission einzusetzen, in der die große Anzahl der vorliegenden Anträge, die weit über die Regierungsvorlage hinausgehen, beraten werden sollen. Die Beratung wurde daher vertagt. — Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium bezifferte die Mehrkosten des Entwurfs auf 48 Milliarden Mark. Zum vierten Nachtrags-Etat für das laufende Rechnungsjahr, der ebenfalls dem Ausschuß zur Beschlußfassung vorliegt, teilte der Statssekretär mit, daß infolge der fortschreitenden Geldentwertung die im außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehenen Mittel, namentlich die zur Ausführung des Friedensvertrages, bei weitem nicht ausreichen. Bei der Aufstellung des Etats wurde eine Goldmark gleich 70 Papiermark angesetzt. Wäre dieses Verhältnis auch heute noch zutreffend, dann würden wir z. B. für die Ausfertigung der beiden an Belgien übergebenen Schatzwechsel vom 15. August und 15. September in Höhe von je 50 Millionen Goldmark einen Kredit von 7 Milliarden Papiermark beansprucht haben, während jetzt 32 Milliarden dazu nötig waren. Den augenblicklichen Verhältnissen entsprechend ist für die Ausführung des Friedensvertrages ein Mehrbedarf von rund 150 Milliarden Mark erforderlich. Auf eine Anfrage des Genossen Stücklen antwortete ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß der Abbau des Beamtenapparates im allgemeinen in zufriedenstellender Weise vonstatten gehe. Der Gesetzentwurf zur Feststellung des vierten Nachtrags-Etats wird verabschiedet, worauf sich der Ausschuß vertagt.

*

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit einer Verordnung über die Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger, der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Unter Ablehnung der weitergehenden sozialdemokratischen Anträge wurden die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze auf Antrag des Zentrums um ein Drittel bis um die Hälfte erhöht. Der Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnung bis zum 31. März 1923 gab der Ausschuß seine Zustimmung.

## Erhöhung der Wohnungsbau-Abgabe?

SPD. Das Reichsarbeitsministerium unterbreitet dem Wohnungsausschuß des Reichstags eine Denkschrift, die eine Erhöhung der Wohnungsbau-Abgabe um rund 1500 v. H. der Friedensmieten — neben der bisherigen Abgabe — vorschlägt. Die 1500 v. H. würden zwischen Ländern und Gemeinden zu teilen sein. Für diese Abgabe würden nur 50 000 Wohnungen gebaut werden können, während der Bedarf für das nächste Jahr mindestens 150 000 beträgt. Eine weitere große Preissteigerung der Baustoffe würde natürlich auch diese Berechnungen noch über den Haufen werfen. Im Wohnungsausschuß schlug Abg. Bahr (Dem.) vor, die Kreise und Gemeinden zu verpflichten, eine bestimmte Zahl von Wohnungen durch Ausbau von Dachgeschossen, durch Teilung großer Wohnungen und durch Heranziehung sonstiger geeigneter Räume zu schaffen. Obermeyer (Soz.) wendet sich gegen diese Belastung der Gemeinden und bezweifelt ferner, ob man auf einmal die Abgabe um 1500 v. H. erhöhen könne. Eiler (Z.) erklärt 500 v. H. für annehmbar. Reichsarbeitsminister Brauns erwidert, einen anderen Weg als die Erhöhung um 1500 v. H. gebe es nicht. Je ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsernährungsministeriums machen Mitteilungen, was bisher gegen die Baustoffteuerung geschehen sei. Ihre Ausführungen sind sehr pessimistisch. Gutknecht (DN.) bezweifelt, daß die Wohnungsnot wirklich so groß sei. Er will erst eine Feststellung über den Umfang der Wohnungsnot. Er lehnt alles ab, ohne einen andern Vorschlag als die freie Wirtschaft auch im Wohnungswesen machen zu können. Silberschmidt (Soz.) bezeichnet den Verlauf der Debatte als erschütternd. Die Sozialdemokratie werde einer großen Erhöhung der Wohnungsbau-Abgabe nur zustimmen können, wenn sie die Gewähr habe, daß der Baustoffwucher unterbunden werde. Die Ausführungen der Regierungsvertreter, zumal aus dem Reichsernährungsministerium, seien weltfremd. Der Deutschnationale Leopold verlangte sogar Spekulationsfreiheit für die mit öffentlichen Zuschüssen hergestellten Bauten. Die Abstimmung über den Vorschlag der Regierung wurde einstweilen ausgesetzt.

## Der Sprung ins Wasser.

### Reichstagsabgeordneter Dr. Struve wegen Beleidigung verurteilt.

Kiel, 19. Oktober.

TU. Wegen Beleidigung des Seeoffizierkorps im allgemeinen und des ersten Offiziers vom kleinen Kreuzer „Mainz", des damaligen Kapitänleutnants Tholens, im besonderen, war vor der Kieler Strafkammer der Reichstagsabgeordnete Dr. Struve angeklagt. Die beleidigenden Aeußerungen sind in einer am 12. Dezember 1918 von der Demokratischen Partei im „Schloßhof" zu Kiel abgehaltenen Versammlung in einem Vortrag über das Thema „Marine—Weltkrieg—Revolution" gefallen. Dr. Struve erklärte bei seiner Vernehmung, er habe in dieser Versammlung nur gesagt, daß ein jüngerer Offizier im Seegefecht bei Helgoland am 28. August 1914 als einer der ersten Offiziere über Bord gesprungen sei, obgleich noch zwei Geschütze gefechtsbereit waren und sich noch Mannschaften und Verwundete an Bord befanden. Er habe weder den Namen des Schiffes, noch den Offizier genannt. Nach der Bekundung eines Kapitänleutnants war es dem anwesenden Offizier doch klar, daß es sich um den kleinen Kreuzer „Mainz" und dessen ersten Offizier handele. Der Nebenkläger, jetziger Korvettenkapitän a. D. Tholens, gab nun ein Bild der Vorgänge an während des Gefechts. Die Zeugenaussagen gaben von den Vorgängen ein widersprechendes Bild. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Herabsetzung des Ansehens des Seeoffiziers in der öffentlichen Meinung fallen. Wegen formeller Beleidigung des einzelnen Offiziers beantragte er eine Geldstrafe von 6000 Mk. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 2000 Mk. und Tragung der Kosten des Verfahrens. Dr. Struve wird gegen das Urteil Berufung einlegen. — Des Königs Rock muß respektiert werden!

## Unternehmer und Währungspolitik.

Die von der Sozialdemokratie und von den Gewerkschaften geforderten, jetzt von der Reichsregierung teilweise eingeleiteten Währungsmaßnahmen stoßen in allen Kreisen des Unternehmertums (auch bei den Handelskammern der Hansestädte) auf mehr oder minder scharfen Protest. Das war vorauszusehen, da man wußte, daß für Großhandel und Industrie längst die Mark als Wertmesser aufgehört hat zu existieren und daß sie nur noch Zahlungsmittel ist. Sie haben sich innerlich mit dem Dollar schon soweit angefreundet, daß man von ihnen nicht erwarten kann, sie sollten nur für die Mark eintreten, wo sich gerade mit dem Dollar das bessere Geschäft machen läßt.

Fast alle Proteste laufen dagegen Sturm, daß nicht rechtzeitig Sachverständige gehört worden seien, ehe die Notverordnung zur Bekämpfung der Spekulation erlassen worden ist. Das ist bei einzelnen ein Irrtum, bei vielen eine bewußte Unwahrheit, denn die Währungsfrage wird nicht seit heute und gestern, sondern gerade von den Sachverständigen zusammen mit der Regierung seit mehr als zwei Jahren beraten. Alle Sachverständigen waren sich seit langem darüber einig, daß die Mark unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unter dem Druck des Versailler Diktats fallen müsse. Ja vor einem Jahre, als man den Entwurf Hachenburg zur Aufnahme einer Goldanleihe durch Belastung der Sachwerte im Reichswirtschaftsrat annahm, war man sich darüber einig, daß man im Notfalle auch eine großzügige Stützungsaktion zur Rettung der Mark machen müsse. Auch darüber ist ein Jahr vergangen, und die Mark auf den zehnten Teil des damaligen Wertes gesunken. Alle Versuche der Regierung, einzugreifen, stießen jedoch in der Oeffentlichkeit auf schärfste Ablehnung der Banken und der Industrie — also der jetzt so protestlustigen Kreise —, die bisher ja und auch noch später im Reichswirtschaftsrat Gelegenheit hatten, die Fülle ihrer Sachkenntnis dem deutschen Volke vorzusetzen. Was aber ist geschehen? — Noch heute redet man. Und jeder Schritt, der in Vorschlag gebracht wird, ist nur dazu da, um durch endlose Sachverständigenberatungen verschleppt zu werden, während sich die Mark weiter verschlechtert.

Banken und Industrie mit ihrer fruchtlosen Kritik und ihrem Mangel an jeglicher Entschlußkraft, für die Stützung der Währung einzutreten und die notwendigen Maßnahmen für den Fall katastrophaler Bewegungen am Devisenmarkt rechtzeitig vorzubereiten, sind es, die die Regierung gezwungen haben, auf dem Wege der Verordnung vorzugehen. Es wäre ein Verbrechen gegen das Volk gewesen, hätte man die Frage noch weiterer Verschleppung ausgesetzt.

Und es wäre ebenfalls ein Verbrechen gegen das Volk, wenn man jetzt, nachdem die ersten tastenden Schritte getan sind, abwarten wollte, ob sich vielleicht ein Kreis von Sachverständigen findet, der innerhalb weniger Tage die nötigen Vorbereitungen trifft. Die Not ist so groß, die Gefahr eines neuen Sturzes der Mark so nahe, daß man nicht mehr zögern darf, sondern daß weitere Maßnahmen sofort getroffen werden müssen.

Das Spiel mit der Valuta, an dem sich ja gerade diejenigen Kreise so bereichert haben, die jetzt das Bedürfnis nach Protesten empfinden, ist ein Spiel mit der Lebenshaltung des Volkes, ein Spiel mit der Produktionskraft. Das Volk kann nicht abwarten, bis es den Unternehmern von Industrie und Handel vielleicht einmal gefällt, auf die Steigerung der Mark zu spekulieren. Darauf hat es bis jetzt drei Jahre vergeblich gewartet. Und wenn diese Stimmung einmal da sein sollte, dann bedarf es keiner Stützungsaktionen für die Mark mehr. Wenn aber die Regierung jetzt nicht entschieden zugreift und zu der Devisennotverordnung die bereits im Kabinett beschlossene Ausgabe von Goldschatzwechseln, sowie eine Bereitstellung von Mitteln zur Stabilisierung der Valuta hinzufügt, so trifft sie die Verantwortung und keine Berufung auf Sachverständige, die nicht arbeiten wollten, als man sie dazu einlud, wird sie davon rein waschen.

## Auf dem Dummenfang.

### Kommunistische Schwindelmanöver.

Das Blatt der Kommunisten übertrifft sich jeden Tag aufs neue in phrasenreichen Ergüssen gegen den Kapitalismus und die Kapitalisten. Daneben übt es sich in Schimpfwellen gegen die große Sozialdemokratische Partei und ihre Beauftragten.

So im redaktionellen Teil. Die geschäftliche Leitung des Blattes aber wirft sich an die Kapitalisten heran, soweit sie als Inserenten in Frage kommen und bringt sich in empfehlende Erinnerung nach Art gewisser — Hausierer. Das folgende Schreiben fliegt uns auf den Redaktionstisch:

„Die Rote Fahne" Berlin SW. 48, den 6. Oktober 1922.
Friedrichstr. 225.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat die Tageszeitung „Die Freiheit" ab 1. ds. Mts. ihr Erscheinen eingestellt.

Die bisherigen Leser dieser Zeitung, welche den Kreisen der Hand- und Kopfarbeiter angehören, sind fast restlos Abonnenten der „Roten Fahne" geworden.

„Die Rote Fahne" hat dadurch einen gewaltigen Aufschwung bezüglich der Höhe ihres Leserkreises erhalten; sie ist jetzt das einzige Blatt der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins.

Wollen Sie in diesen Kreisen Ihr Absatzgebiet erweitern, wäre es vorteilhaft, wenn Sie in Zukunft die „Rote Fahne" zu Ihren geschäftlichen Ankündigungen benutzen würden.

Unsere alten Inserenten haben uns wiederholt bestätigt, daß die „Rote Fahne" ein äußerst wirkungsvolles Insertionsorgan ist.

Wir stehen gern mit näheren Details und Vertreterbesuch zur Verfügung und sind Ihres baldgefälligen Bescheides gewärtig.

Hochachtungsvoll

„Die Rote Fahne"
Anzeigen-Abteilung.
(Unterschrift.)

Anbei 1 Karte.

Der Brief ist ein Musterbeispiel kommunistischer Wahrheitsliebe. Die „Anzeigen-Abteilung" denkt augenscheinlich, daß sie das gleiche Recht habe, wie die politische Leitung, im Sinne Lenins „durch List und Verschweigung der Wahrheit" zu wirken. Nur hat sie das gute deutsche Sprichwort vergessen, daß Lügen kurze Beine haben.

Sie redet den Geschäftsleuten vor, daß die Abonnenten der „Freiheit" fast restlos (!) Leser der „Roten Fahne" geworden sind und daß daher das Kommunistenblatt „einen gewaltigen Aufschwung" erfahren habe. Noch in den letzten Septembertagen aber konnte man im politischen Teile derselben „Roten Fahne" lesen, die „Freiheit" hätte nur noch 7400 Abonnenten. Wenn die Behauptung der „Anzeigen-Abteilung" also richtig wäre, bedeuteten demnach rund 7000 neue Leser einen „glänzenden Aufschwung" für die „Rote Fahne". Wie miserabel muß demnach der bisherige Abonnentenstand des Blattes gewesen sein!

In Wahrheit ist natürlich die ganze Behauptung der „Anzeigen-Abteilung" ein ebenso dreister Schwindel, wie die falsche Behauptung der politischen Abteilung. Ob die „Rote Fahne" von den früheren „Freiheit"-Lesern überhaupt einen neuen Abonnenten gewonnen hat, können wir nicht wissen. Indessen ist es jeden Augenblick ziffernmäßig nachzuweisen, daß von den bisherigen „Freiheit"-Abonnenten mehr als 95 Prozent für Oktober schon den „Vorwärts" bezahlt haben! Und daß die 7400, von denen die „Rote Fahne" sprach, nur einen sehr kleinen Bruchteil der wirklichen Auflage der „Freiheit" bildeten, sei lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt, um die ganze Wahrheitsliebe der Kommunisten erneut zu kennzeichnen.

## Ein Bild vom Faszismus.

SPD. Die Auswirkung der faszistischen Bewegung in Italien wird durch folgende Zuschrift unseres Mailänder Korrespondenten charakterisiert:

In Molinella, einem Marktflecken in der Nähe Bolognas, sind die organisierten Landarbeiter seit August ausgesperrt. Die Agrarier wollen sie dadurch zum Uebertritt in die faszistischen Organisationen zwingen und haben jetzt, nachdem bereits ein Teil der Ernte auf dem Felde verdorben ist, Arbeitskräfte importiert. Diese Arbeitskräfte, die wie Sklaven behandelt werden, stammen aus Provinzen, die von den Faszisten unumschränkt beherrscht sind. Die Molinelleser Arbeiter, die schon seit Jahrzehnten gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisiert sind, haben sich durch die Genossenschaft 14 Tonnen Getreide beschafft und beabsichtigen vorläufig den Kampf weiterzuführen. Die Regierung hat Militär und Polizei nach Molinella beordert, was die Faszisten aber wenig kümmert!

# Die Teuerung.

Von Paul Kampfmeyer.

**Beonders lungenkräftig** erweist sich heute im deutschen Volke **eine politische Richtung**, die alle unser Vaterland tief bewegenden **Fragen verblüffend einfach löst**: die deutsch-völkische bezw. **die deutsch-soziale. Der Jude** ist an der Auswucherung unserer **breiten Massen schuld**, er treibt ja die Preise für alle Nahrungs- **und Bekleidungsmittel auf eine schwindelhafte Höhe, und er stellt dadurch die wirtschaftliche Existenz** ganzer Gesellschaftsklassen über- **haupt in Frage. Mit einem Wort**: die heutige Verteuerung **unseres Unterhalts ist auf das Sündenkonto** des Judentums zu **setzen. Wir nannten** das eine sehr einfache „Lösung" einer großen **Lebensfrage des deutschen Volkes**, wir müssen es besser und richtiger **als eine einfältige** „Lösung" bezeichnen.

**Jedem, der denkend** die katastrophenreiche Geschichte des letzten **Jahrzehnts durchlebt hat, muß** es zum Bewußtsein gekommen sein, **daß** die schwere Leidensfolge des Volkes, die sich in der gewaltigen, den nationalen Wohlstand verwüstenden Teuerung ausspricht, die Geschichte der großen wirtschaftlichen Umwälzungen ist, die sich an den mörderischen Weltkrieg knüpfen.

Der Weltkrieg hat ungeheure volkswirtschaftliche Werte zerstört. Milliarden von Mark sind in die Luft geschossen worden. Die Arbeit von Millionen von Frauen und Männern wurde auf den Wohlstand zerstörenden Krieg eingestellt. Das deutsche Volk wirtschaftete sich körperlich erschreckend herunter. Die Kurve der **Todesfälle an Tuberkulose** stieg im Weltkrieg hoch hinauf. Diese Todesfälle wuchsen von 13,34 auf 10 000 Lebende im Jahre 1913 auf 22,83 im Jahre 1918 an. Der Mediziner Abderhalden stellte nach dem Weltkrieg bei der Errichtung eines preußischen Wohlfahrtsministeriums fest, daß die Arbeitskraft der Arbeiter in manchen Gegenden auf etwa 50 Prozent reduziert war. „Es war mir sehr peinlich," so erklärte er, „daß eine neutrale Aerztekommission, bestehend aus Schweden, Norwegern und Holländern, in Oberschlesien feststellen mußte, daß dort die Arbeiter der Kohlenwerke derart unterernährt waren, daß eine volle Arbeitsleistung ganz unmöglich war."

**Die werteschaffende Arbeit des Volkes** war also rapid im Weltkrieg herabgesunken, sie sprach sich in einer **erschreckenden verminderten Menge der Waren aus.** Die Waren wurden selten und daher teuer.

Die Produktionsmittel der deutschen Wirtschaft befanden sich zum Teil in einer trostlosen Verfassung. Bereits im Jahre 1916 traten durch einen wahren Raubbau „große Verkehrsstörungen" im preußischen Eisenbahnbetriebe ein. Am 23. Oktober 1917 gestand in einer Kommissionssitzung des preußischen Landtages der preußische Eisenbahnminister ein: „Die Betriebslage der Eisenbahn sei während des Krieges eine außerordentlich schwierige gewesen und sei gegenwärtig besonders schwierig." In Preußen unterdrückte die Regierung geflissentlich jeden wahrheitsgetreuen Bericht über die Verwüstung des Eisenbahnapparates und der Kohlenversorgung. Am 23. Oktober 1917 lief von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Staatshaushaltskommission der Antrag ein, „die Berichterstattung an die Presse über unsere Kohlen- und Verkehrsverhältnisse freizugeben." Dieser Antrag wurde abgelehnt, und die Zensur **verbot strengstens jede Veröffentlichung** von konkreten Angaben.

Die deutsche Finanzkraft erschöpfte dann Herr Helfferich **durch die Ueberbeschäftigung der Notenpresse** in geradezu unverantwortlicher, frivoler Weise. Er lehnte es ab, „aus Gründen des Gleichgewicht des Etats zu neuen Steuern zu greifen," und er betonte sechs Wochen nach Uebernahme des Schatzamtes, daß die Finanzierung des Krieges, also die Kriegskosten so gut wie ausschließlich durch **Noten- und Papiergeldausgabe** aufgebracht werden sollten.

Der Weltkrieg hat also die deutsche Wirtschaft stark zerrüttet. Die gesunkene Kraft dieser Wirtschaft offenbarte einen Warenmangel auf fast allen lebenswichtigen Gebieten. Da kam der Versailler Vertrag; er nahm Deutschland das produktive Elsaß-Lothringens, er leitete das Eigentum der saarländischen Kohlengruben und Kohlenlager in die Hände Frankreichs, er schanzte den Polen im Osten landwirtschaftliche Gebiete zu, die große Teile des deutschen Volkes ernährt hatten. Deutschland verlor seine Kolonien, seine ausländischen Kapitalanlagen und mußte über sich die **Konfiskation seiner leistungsfähigen Schiffe** ergehen lassen. Zuletzt büßte Deutschland noch hochertragreiche Produktionsquellen in Oberschlesien ein.

Deutschland wurde überdies mit **Reparationslasten** überbürdet, die seine Volkswirtschaft weiter erdrücken mußten. Am 5. Oktober 1922 erklärte ein offizieller Wortführer der amerikanischen Regierung, daß die Vereinigten Staaten am Aufbau Europa erst mithelfen könnten, wenn ungefähr **60 Prozent der deutschen Reparationen** preisgegeben würden. Auf dem Kongreß der Vereinigung amerikanischer Bankiers charakterisierte Mac Adams die **Herabsetzung der Reparationsschuld** als das einzige Mittel, um eine weitere Demoralisation der deutschen Industrie zu verhindern.

Die Grundursache der heutigen Teuerung ist also die **ungeheure Herabsetzung der Produktionskraft der deutschen Arbeit, der Verlust großer produktiver Reichtumsquellen und die Erdrückung Deutschlands** durch tatsächlich nicht zu erschwingende **Reparationskosten.**

Der Teuerung kann nur durch eine **Politik der Produktionssteigerung** erfolgreich gesteuert werden. Zur Steigerung der Produktion legten sich z. B. die freiorganisierten Bergarbeiter Ueberschichten auf, und als „erstrebenswertes Ziel" einer weitsichtigen Produktionspolitik bezeichnete Heinrich Löffler im „Vorw." **„die Produktion im eigenen Lande so zu steigern**, daß jede Kohleneinfuhr überflüssig ist."

Dem Entschluß der Arbeiter, die Produktion im Interesse der Verbilligung der Lebenshaltung zu heben, stehen leider die selbstsüchtigen Bestrebungen der Kapitalmonopolisten entgegen, die die **Früchte der Mehrarbeit des Proletariats** nur in ihre Taschen fließen lassen wollen. Mit Recht sprach jüngst Dr. Ing. Martin Wagner den Grundsatz aus: „Wenn der Bergarbeiter Ueberschichten fährt, dann darf der Ertrag seiner Mehrarbeit nicht in die Taschen der Stinnes-Magnaten fließen, dann muß er der Verbesserung und **Verbilligung der Produktion dienen.** Und wenn das **gesamte Volk Mehrarbeit leistet**, dann nur im **Interesse der Notleidenden, der Obdachlosen, der Hungernden, der dahinsiechenden Rentenempfänger**, nicht aber für Schieber und Wucherer!"

Die deutsche **Bergarbeiterschaft** hat sich schon in Interesse der „armen Republik" zu Mehrleistungen entschlossen. Die freien sozialistischen Gewerkschaften nahmen am 24. August 1922 bereits mit dem Reichskanzler Rücksprache, um einen **Zusammenbruch der Gesamtwirtschaft** zu verhindern. Der Staat hat jetzt die Verpflichtung, einen starken Druck auf die Unternehmerschaft auszuüben, damit **ein großzügiger Wirtschaftsplan** zur Steigerung der Produktion in dem Sinne zustande kommt: **„Mehrarbeit nur für das Gemeinwohl."**

Selbst das Unternehmerblatt des Baugewerbes „Der Holzmarkt" begreift jetzt, daß sich eine weitsichtige Produktionspolitik über die „Leute" hinwegsetzen muß, die „um eigenen Vorteils **willen das Wohl der Allgemeinheit** mit Füßen treten." Sie schreibt wörtlich:

„Nur von der Arbeiterschaft kann die gründliche Aenderung der Verhältnisse ausgehen, nur durch die Arbeiterschaft kann der Einfluß auf die Reichsregierung zum sofortigen starken Durchgreifen gegen Schiebertum und Preistreiberei erreicht werden, nur von der Arbeiterschaft, die heute den größten Machtfaktor im Wirtschaftsleben darstellt, ist allenfalls noch Respekt oder Angst, wie man es nennen will, vorhanden. Dieser Bewegung schließt sich im Augenblick das gewaltige Heer der Angestellten und Beamten an, aber auch breite Schichten des ebenso bedrohten soliden Handels und der Industrie, also des Unternehmertums. Ein solcher Entschluß zur Mehrarbeit, zur gesteigerten Produktion und zum gesteigerten Export und der Besserung unserer Handelsbilanz und zugleich der Markbesserung gäbe der Arbeiterschaft das unbestreitbare Recht zu einer furchtbaren Drohung an die Regierung und das gesamte Unternehmer- und Händlertum: Sofortige Umkehr von diesen skandalösen Preistreibereien!"

Der Staat hat jetzt zu beweisen, ob er der großen neuen sozialen Aufgabe gewachsen ist und gemeinsam mit den organisierten Arbeitern eine Politik der **Produktionshebung für das Gemeinwohl** gegen ein hartnäckig widerstrebendes monopolistisches Unternehmertum zum Siege verhelfen will!

## Königliche Gerichtsschreiber.

Dem „Vorwärts" geht ein größerer Briefumschlag des Landgerichts III in Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, zu, mit Aktenzeichen 37 R. 182 20 und Poststempel vom 4. Oktober 1922, der die handschriftliche Adresse trägt:

An das Königl. Amtsgericht
in Frankenstein.

Nach vier Jahren Republik können wir uns nicht mehr mit der üblichen amtlichen Ausrede begnügen, daß es sich dabei um ein „bedauerliches Versehen" einer subalternen Schreibkraft handele. Wer heute noch in einer Amtsstube sitzt und derartige Adressen schreibt, will offenbar gegen die Republik demonstrieren. Dann soll er aber auf sein Gehalt als Staatsbeamter der Republik verzichten.

## Nahrungsnot und Alkohol.

Der Arbeiter-Abstinentenbund hat an den Reichskanzler folgende offene Anfrage gerichtet:

„Herr Reichskanzler! Nach Zeitungsmeldungen haben Sie vor Vertretern der ausländischen Presse die Sicherung der Brotversorgung des Volkes als die wichtigste Aufgabe der Regierung bezeichnet. Sie erklärten: „Erst Brot für das Volk, dann Wiederherstellung . . . Aus Gründen reiner Menschlichkeit müssen wir unserem Volk das Brot sicherstellen, um zu verhindern, daß es in Elend und Verzweiflung versinkt." Ist Ihnen bekannt, daß trotz der stets wachsenden Schwierigkeiten, aus dem Ausland genügend Getreide für die Brotversorgung zu erhalten, dauernd im Inland gewaltige Mengen Gerste zur Herstellung eines überflüssigen, ja schädlichen Genußmittels verwendet werden? Wissen Sie davon, daß im Rechnungsjahre 1921 nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes in Deutschland **13 Millionen Zentner Gerste zu Bier vergoren** worden sind?

Was gedenken Sie zur Beseitigung dieser unverantwortlichen Vergeudung wertvollen Brotgetreides zu tun? Die darbenden Massen erwarten eine schnelle Antwort."

Die Anfrage der abstinenten Genossen ist durchaus berechtigt. Auch der Alkoholkonsumenr muß einsehen, daß erst die Brotversorgung des Volkes gesichert sein muß, ehe Getreide in Bier verwandelt werden darf. Die neue Verordnung der Regierung betr. die Einschränkung der Bierherstellung ist gänzlich unzureichend, da dadurch nur eine ganz geringe Verminderung des Gersteverbrauchs erreicht wird.

In München ist übrigens zum heurigen Oktoberfest — trotz dieser Verordnung — wieder **13prozentiges Starkbier** hergestellt worden. In der „Ordnungszelle" scheint man nicht nur die Uebertretung von Gesetzen zum Schutz der Republik, sondern auch die Uebertretung von Gesetzen zum Schutz der Volksernährung als bayrisches Reservatrecht anzusehen. Oktoberbier ist natürlich eine „Stammeseigenart", die gegen Eingriffe des Reichs verteidigt werden muß!

# Volkswirtschaft.

Hamburg, 19. Oktober.

### 640 Mark für 1 Pfund Butter.

Der Verein der Fettwaren- und Delikatessen-Händler Hamburg-Altonas von 1887 (Butter-Notierungskommission) teilt mit: Butterpreise im Laden: Allerfeinste Meiereibutter per Pfund 640 Mk., bisher 496 Mk. Abfallende entsprechend billiger. Die Kommission begründet die Wucherpreise mit der Aufstallung des Viehes und dadurch, daß die Ware im Lande von den sogenannten Postkolliversendern zu jedem Preise aufgekauft wurde. Auf anderen Märkten, insbesondere Berlin, Bremen, Rheinland, Westphalen würden zudem höhere Preise als in Hamburg erzielt. Es ginge auch nicht an, daß der Preis für Butter niedriger stehe als der Preis für Schweineschmalz. — Mit dieser echt kapitalistischen Begründung läßt sich jede Preiserhöhung „rechtfertigen".

## Devisen-Kurse.

**Berlin,** 20. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

| | | 19. Oktober. | 18 Oktober. |
|---|---|---|---|
| Amsterdam | 1 fl. | 1246 85 | 1128.58 |
| Brüssel (Antwerpen) | 1 Frs. | 219.45 | 200.74 |
| Kristiania | 1 Kr. | 573.55 | 522.84 |
| Kopenhagen | 1 Kr. | 644.35 | 577.77 |
| Stockholm | 1 Kr. | 852.85 | 774.03 |
| Helsingfors | 1 finn. Mk. | 75.18½ | 67.96 |
| Rom | 1 Lire | 134.16 | 121.84 |
| London | 1 £ | 14264.25 | 128 58. |
| New York | 1 Doll. | 3192.— | 2893.— |
| Paris | 1 Frs. | 236.40 | 216.72 |
| Zürich | 1 Frs. | 583 58 | 538.83 |
| Madrid | 1 Peseta | 492 76 | 441.94 |
| Wien | 100 Kr. | 4.43 | 3.98 |
| Prag | 100 Kr. | 104 93 | 94.93 |
| Budapest | 100 Kr. | 129.— | 117.85 |


## Geschäftliches.

**Die beste Kaffeemischung** bereiten Sie sich selbst aus „echtem Kathreiners Malzkaffee" mit etwas gutem Bohnenkaffee. Dann haben Sie bestimmt etwas Gutes! Sie können Kathreiners Malzkaffee als tägliches Hausgetränk aber auch allein verwenden, wie es hunderttausende deutscher Familien im Interesse der Gesundheit und aus Sparsamkeitsgründen seit Jahrzehnten tun.


# Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Das Nordlicht aber schlug immer wieder seine roten Augen auf, leuchtete ihn an und zeigte ihm zu beiden Seiten des Fjord die glatten steilen Felsenwände, welche unersteigbar in das düstere Becken sanken. Kein Mensch konnte sich hier vom Tode retten, er konnte sich nicht anklammern, nicht halten, nicht aufsteigen, Da war kein Busch, kein Strauch; nichts als lange Seetanghalme, die auf- und niederwogten; viele Faden tief kein Grund. Wie Clas das dachte, und daß auf eine Meile weit kein Platz sei für eines Menschen Fuß, huschte das blutige Licht über ihn hin, und in der Dunkelheit rauschte es und begann zu winseln. Es war ihm, als höre er ein Geschrei, Tharkels Stimme, die ihm nachrufe: „Halt, du Mörder, halt!"

Er sprang auf, riß die Kette der Jolle von der Ducht los, wo er sie festgemacht, und fuhr dann eilig weiter. „Der Teufel hat dich hergeführt, der Teufel mag dir beistehen!" schrie er wild lachend. „Da ist dein Boot, er mag es dir bringen!"

Eben befand er sich am Ausgange des schmalen Felsenspaltes, und vor ihm lag wieder das breite Wasser. Jetzt sprang der Wind auf und er wehte nördlich. Clas stellte sein Segel, das kleine Fahrzeug flog rasch dahin, dann kam der Mond durch Wolken und Nebel und leuchtete ihm. Er wischte den Schweiß vom Gesicht, es wurde ihm leichter. Niemand wußte, was er getan, und es ward ihm immer gewisser, es sei recht und sollte so sein. Wie kam der elende Tagebdieb ihm nach? Hatte er ihm aufgelauert, war er ihm nachgeschlichen, der verdammte Spion? Oder war es doch alles ein Hexenspuk, war es ein Gespenst, das ihn so genarrt? — „Nein, nein!" sagte Clas, „er war es, und dies ist meine Hand, die ihn niedergestürzt, dies ist der Sprung im Ruder, als ich ihn auf den Kopf schlug. Recht ist dir geschehen, du schlechter Kerl. Jetzt sind wir sie beide los, den Teufelshund und ihn. Mag man ihn finden, wenn er nicht unten bleiben will bei den Riesen und Trollen, was geht es mich an? Wer wird sich um ihn kümmern? Herr Schiemann sagt es auch; jedermann wird froh sein, und jetzt ist keiner da, der mir die Stelle und Sigrid nehmen soll!"

Mit solchen Tröstungen beendete Clas seine nächtliche Fahrt, langte wohlbehalten zu Hause an und schlief zufrieden ein.

6.

Am nächsten Morgen wurde Clas von seiner Mutter aufgerüttelt, und sie sprach zu ihm: „Du darfst nicht länger liegen. Herr Schiemann ist spät noch selbst hier gewesen, daß du gleich in der Frühe bei ihm sein sollst."

Clas sprang auf und rieb sich die Augen. „Gut," sagte er, „doch lange soll er mich nicht mehr so kommandieren. Die Stelle soll er jetzt herausgeben und ein neu sechsrudrig Boot dazu; habe ich das, so will ich mein eigener Herr sein."

„Der ist so hart wie Stein," sagte Grete. „Versprechen tun die Herren viel, aber Halten ist nicht ihre Sache."

Clas lachte. „Ich will ihn schon kriegen!" antwortete er. „Habe ich erst Haus und Boot, so sagt Gullik auch nicht nein, und Sigrid ist es zufrieden."

„Höre an," sagte Grete, „ich will dir was vertrauen. „Die hat es noch immer mit dem Thorkel, ich weiß es gewiß. Gestern abend, da du fort warst, schlich ich dir nach, und wer stand an dem Fenster von Gullils Kammer? Der Lotterbub war es. Er sprang davon, aber ich kannte ihn doch."

„Hat er mit Sigrid gesprochen?" fragte Clas.

„Ich weiß es nicht. Ich ging darauf zu Gullik hinein, aber wußte nicht recht, ob ich es ihm sagen sollte, was ich gesehen. Sigrid habe ich den ganzen Abend über gut bewacht und viel Schlechtes erzählt, was die Leute von Thorkel sagen."

Clas lachte noch mehr. „Das hast du nicht mehr nötig," rief er, „hast es auch nicht nötig, Sigrid zu bewachen. Laß sie nur ans Fenster laufen und umhersuchen, sie wird ihn nimmer finden."

„Warum wird er nicht zu finden sein?" fragte Grete und machte große Augen.

„Nun!" sagte Clas bedächtig, „ich meine nur so. Weil das Teufelsvieh, der Hund, fort ist, wird er auch fortbleiben."

Grete grinste ihn an und sah scheu unter ihren grauen Haaren hervor; aber Clas legte seine feste Hand auf ihre Schulter und sprach an ihrem Ohre: „Schweige still. Eher soll diese Hand verlahmen, ehe der wieder an Gullils Haus kommt. Darauf verlaß dich und frage nicht mehr."

So ging er hinaus, und Grete sah ihm vergnügt nach. Sie setzte sich ans Feuer, und aus ihrer kleinen schwarzen Pfeife stiegen dicke Dampfwolken auf. Was hatte Clas getan? Den stolzen Thorkel niedergelegt, daß er nimmer wieder aufstand? — „Recht, recht!" kicherte sie. „Es ist Friede im Hause, Clas. Es ist eine feine Stelle am Torsfjord, wirst gut da wohnen."

Als Clas nach Molde kam, fand er, daß Herr Schiemann ihn schon erwartete und ziemlich ungeduldig war. „Warum kommst du so spät?" fuhr er ihn an. „Hast du zu viel getrunken, daß du nicht früher aufstehen konntest?"

Clas hatte große Lust, grob zu werden, allein er unterdrückte dieselbe. Die Wahrheit, was er in der Nacht getan, mochte er auch nicht sagen, aber er sagte: „Nimm es nicht übel, Herr, ich hatte noch spät einen Gang abzumachen; hoffe wohl, daß du damit zufrieden sein wirst."

„So?" sagt Schiemann und sah ihn an. „War es etwa, um nach dem Landstreicher zu sehen?"

„Ei ja!" versetzte Clas, „es könnte wohl so sein." Er riß den Mund weit auf, faßte in sein blaues Halstuch und kniff die Augen zusammen.

„Wo ist er denn?" fragte der Kaufmann.

„Kann es nicht sagen, Herr," grinste Clas, „meine jedoch, er ist fortgereist."

„So?" sagte Herr Schiemann noch einmal. Darauf setzte er hinzu: „Kommt er nicht wieder?"

„Nein, nein!" sprach Clas, „ich glaube es nicht. Er wird keinen Einspruch mehr tun wegen der Stelle, und das sechsrudrige Boot, das du mir versprochen hast, kannst du mir immer geben."

„Du sollst es haben," sagte Herr Schiemann, „und auch die Stelle wird dir nicht entgehen. Clas, sobald wir gewiß sind, daß der Landstreicher sich auch wirklich fortgemacht hat. Gut! gut!" fuhr er fort, als er die Mienen seines Vertrauten betrachtete, „ich glaube dir, Mann, wir wollen uns nicht weiter um den Schelm bekümmern. Aber du sollst Hochzeit halten mit mir an einem Tage, und mein Geschenk sollen Stelle und Boot sein. Also hilf sorgen, daß es bald geschieht, und eben deswegen sollst du heute nach Otteröe fahren."

„Oho!" rief Clas vergnügt über die erneuten Versprechungen, „nach Meidalsgaard, Herr?"

„Ja," sagte der Kaufmann. „Was du im Garten des Pfarrers erhorcht hast, ist richtig. Ich habe dem guten Herrn Jöns kein Wort davon gesagt, er würde sich nur darüber betrüben und ärgern. Als ich aber gestern ins Pfarrhaus kam, wen fand ich dort? Den alten Harngreb."

„Die alte Nachteule!" lachte Clas. „Kam er aufs Bitten?"

„Er ist ein Spitzbube!" sagte Schiemann. „Er saß wie ein Heiliger bei dem Pfarrer und hatte ihn ausgefragt, ob er nichts von seinem jungen Herrn gehört habe. Da aber Herr Jöns antwortete, was er vernommen, auch fallen ließ, daß es zum Verkauf des Gutes kommen werde, hatte er feierlich versichert, es sei alles falsch und erlogen. Nimmer werde der alte Familiensitz in andere Hände gelangen, möchten diese so gierig danach sein, wie sie wollten."

„Ich habe den alten Kerl schon weinen sehen, wenn er davon sprach," fiel Clas spottend ein. (Fortsetzung folgt.)

# Ata

*Putz mit Ata Topf und Herd*
*Weil's den schönsten Glanz beschert!*

Henkel's Putz- und Scheuerpulver, für Haushalt, Gewerbe und Industrie **unentbehrlich.**
Alleinige Hersteller:
**HENKEL & Cie., DÜSSELDORF.**
(8315

## Amtlicher Teil.

### Brennstoffhöchstpreise.

Die in der Bekanntmachung vom 13. Oktober veröffentlichten Preise für Brennstoffe werden vom 21. Oktober ds. Js. ab um 80.— Mark je Zentner erhöht. 8351

Lübeck, den 20. Oktober 1922. (8351

**Das Landesversorgungsamt.**

### Bekanntmachung.

Die bisher an die Lübecker Hochseefischerei A. G. und an die Hochseefischerei A. G. „Trave" in Lübeck vermietet gewesenen Plätze beim Holstentor sollen zum 1. Januar 1923 für den Seeverkehr anderweitig vermietet werden. Mietangebote sind bis zum 25. Oktober ds. Js. einzureichen. Die Miete ist beweglich. Für ihre Höhe ist die vom hiesigen Statistischen Landesamt errechnete Inderziffer maßgebend. Das abzugebende Gebot entspricht der Inderziffer für den Monat Oktober 1922.

Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 6.

Lübeck, den 19. Oktober 1922.

8320 **Die Finanzbehörde, Abteilung für Häuser und Plätze.**

### Bekanntmachung.

Auf das Lieferungsverfahren im Wege freier Verträge zwischen deutschen und portugiesischen Staatsangehörigen findet nunmehr auch die Bekanntmachung betr. Ausführung von Reparationslieferungen im freien Verkehr mit Belgien vom 2. Oktober 1922 (siehe Bekanntmachung vom 11. Oktober ds. Js.) entsprechende Anwendung.

**Die Landesauftragstelle Lübeck.**
8333 Dr. Allendorf, Vorsitzender.

## Nichtamtlicher Teil.

Wilhelm Gertz
Hedwig Gertz
geb. Bohnsack
**Vermählte.**
Lübeck, 14. Oktober 1922.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten und Geschenke danken herzlich
8350 D. O.

**Danksagung.**
Allen Freunden und Bekannten, die unserem lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sowie dem Sozialdemokr. Verein, d. Fabrikarbeiterverband, dem Arbeiter-Radfahrerverein, insbesondere dem Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit" sowie dem Herrn Pastor Havemann für die trostreichen Worte sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. (8341
**Familie Behrens.**
Schlutup.

Guterh. Kinderwagen zu kaufen gesucht. Ang. u. A 495 an die Exp. (8349

**Anzeigen,**
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
**Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.**
Johannisstr. 46.

**Frau für Gartenarbeit** gesucht. (8334
**Geniner Str. 16.**

Neue u. gebr. Nähmasch u. Fahrräder bill. (8344
Stein, Karpfenstr. 30.

**Margarine**
**weit unter Fabrikpreis.**
Pfund **325.**— 340.— 360.— M.
Schmalzfabrikate 460. Palmin 390. 8324
**Lübecker Margarine-Zentrale,**
Holstenstr. 6, Markthalle, Warendorpstr. 9,
**Schwartau** Hüxstraße 48. Bismarckstr. 29. **Schlutup**

**Morgen Sonnabend**
neue Sendung
**Ia. frische Margarine**
Pfd. **320.—** 360.—
**Palmin Pfd. 390.—**
**Paul Burmester jun.**
**24** Holstenstraße **24** 8345

**Kaufe Runkel u. Steckrüben.**
8338) **Adlerstraße 4.**

D.-Rad gegen H.-Rad z. tauschen gesucht. (8307
Ang. u. A 493 a. d. Exp.

Starke Johannisbeer-, Himbeer-, Stachelbeer- u. Brommbeersträucher u. Rosen z. verk. Kaufe alte Blumentöpfe, Blumenkörbe usw. (8322
A. Hundt, Stockelsdorf

Zu verk. Hängelampe, Lehnstuhl, Spiegel, eis. Ofen, Damenmantel. Zu besehen am Sonnabend zwischen 9–12. (8332
Schwartau.
Bahnhofstraße 26.

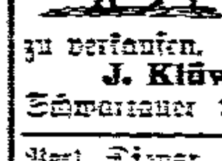
3 verk. gut. dkl. Herrenanz. Nachtstuhl und Spiegel, Wringmaschine, Handtuchstd. Kn.-Mant.-Mütze 8323) Fackenb. Allee 46 a I

2 Bettst. m. Matr., 1 Tisch, 1 Liegestuhl z. verk. (8343
Wakenitzmauer 87 I. unterhalb d. Johannisstr

Guter Kinderklappstuhl zu verkaufen. (8348
Engelsgrube 70, Lad. II.

Anzug 5200 M., guterh. Paler. 4000 M., Schlüpf. f. n. Gutam.-Anz. z. t. (8346
Glockengießerstr. 60 ptr.

Guterhaltener Puppenwagen gegen Koks zu tauschen gesucht. (8329
Ang. u. A 494 a. d. Exp.



**80 Ferkel**
6—10 W. alt, billig zu verkaufen. (8340
**J. Klüwer,**
Schwartauer Allee 125.

Verl. Dienst. nachm. a. Schwerzeb. üb. Torweg nach Ehrenfriedh. Paket m. Blusenstoff u. 10 Bleistiften. Geg. Bel. abz. b. 8339) Hinz, Breite Str. 51.

**Kein Gefrierfleisch!**
Fr. fett. Rindfl. Pfd. 320—
Frisch Gehacktes „ 340—
Bratenstücke „ 220—
Beefst od. Rollfl. „ 380—
Dick. Hammelfl. „ 220—
„ Schweinefl. „ 420—
sowie sämtl. Wurstsorten zu den billigst. Tagespr.
**Carl Möller,**
**Wickedestr. 44,**
8348) Fernruf 2356

Empfehle:
**Schweineschrot**
Pfd. 48 Mk.
**Roggenschrot**
Pfd. 74 Mk.
8336) **Adlerstraße 4.**

**Pelze**
kaufen Sie jetzt noch vorteilhaft im
**Pelzhaus**
**Friedr. Zimmermann,**
**Königstr. 24. Ecke Pfaffenstr.**
**Zobel, Skunks, patagonische Kanin-Kolliers** von **1100** Mk. an.
**Echte Kragen** von **1800** Mk. an.
Auf teure Sachen kann angezahlt und können die Gegenstände auf Wunsch zurückgestellt werden. 8314
**Ankauf** (kein Zwischenhandel)
**Hasen, Kanin, Marder, Iltis, Fuchs.**

Bei schwerem, überaus störendem
*Hautjucken*
hat Herr Dr. med. M. in B. mit Obermeyer's Medizinal-
*Herba-Seife*
einen ebenso schnellen wie vollständige Erfolg erzielt. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth. Drog. und Parfüm 8312

**Hasen- Kanin- sowie sämtl. Sorten**
**Felle**
und **Tierhaare** (8313
kaufen zu höchsten Tagespreisen
**Gebr. Wagner**
**Dankwartsgrube 26**
**Holstenstraße 8**
Fell-Spezialhaus Fernruf 3414

**Möllers billige Fleischquelle** Hüxstraße 83/85
**Habe 3 fette junge Rinder geschlachtet.**
Frisches Rindfleisch Pfd. 170 an. Gehacktes Pfd. 150. Scheibenbeefsteak, Rollfleisch, Gulasch Pfd. 180. (8347 Rinderzunge, Leber, Herz, Lunge, Euter Pfd. 120. Kaufe Schweine, Rinder, Hammel, Ziegen. T. 8544.

**Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!**

**Ein Posten starke Schuhwaren:**
Starke Schaftstiefel, Arbeitsstiefel
1 Post. Herrenschnallenstiefel **2500**.
1 do. Fahlleder-Herrenstiefel **2760**.
1 do. Damenschnürschuhe **1850** elegant. mit Lackkappe.
Elegante Damen-, Herren-, Kinderstiefel 18–22, 24–30 31–39,
1 Posten warme Pantoffeln,
1 do. warme Hausschuhe usw.
1 do. braune und schwarze Lederqamaschen. (8325

1 Posten elegante Herrenanzüge **8900, 12500, 14500** b. **22000**.
Starke Arbeits-, Hosen, Lodens, Manch.-Joppen,
1 Post. Manch.-Hosen **2875** u. besser
1 Post. Gummimäntel **5990-7250**
1 Post. eleg. mod. Herren-Schlüpfer aparte Muster,
Berufskleidung, Hüte, Mützen

Mod. elegante Damenmäntel, Röcke, Blusen, Kleider, reizende Neuheiten, schicke Fassons, moderne Damenkonfektion, Strickjacken.

**Ehlers & Reelwisch**
Holstenstr. 1. St. Petri 2–4.
**Leinen - Aussteuer - Betten.**
**Unsere reellen Qualitäten sind weit bekannt!**

**Bekleidungsarbeiter-Verband**
**Filiale Lübeck.**
Einladung zum
**Herbstvergnügen**
am Sonnabend, 21. Okt. 1922
im Gewerkschaftshaus,
Johannisstr. 50/52.
Kassenöffn. 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
**Damenkarte 10,00 Mk., Herrenkarte 16,90 Mk.** inklusive Steuer.
8316 **Das Komitee.**

**Halb. Hosenträger**
**Herrenwäsche**
**Krawatten** 8311
in großer Auswahl.
**Papier-Wäsche**
(Mey&Edlich) z. Fabrikpr.
**Aug. Janensch**
**Sandstraße 6.**

**Haare**
kauft
**E. Mittelstädt,**
**Damen- u. Herren-Friseur.** (8342
Adlerstr. Fernr. 3716.

**Stadthallen-Lichtspiele.**
**Vom 20. bis 26. Okt.**
**Der große Klasse-Film**
**Das Weib des Pharao.**
6 gewaltige Akte von Norbert Falk und Hanns Kräly.
In den Hauptrollen: **Emil Jannings, Harry Liedtke, Paul Wegner, Lyda Salmonova, Albert Bassermann.**
Außerdem:
**„Tippelpaule"**
Lustspiel in 2 Akten.
**Die alte Bischofstadt Salzburg.**
Naturaufnahme.
**Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.**
**Gut geheiztes Lokal.**
8337

**Zentral-Hallen.** 8345 Sonnabend u. Sonntag: **Gr. Tanzkränzchen.**

**Sparklub „Helene".** 8327
**Am Sonnabend, d. 21. Oktober**
**Großer Ball**
**in den Zentralhallen**
Anfang 7 Uhr. Ende? Das Komitee.

**Kolosseum**
**Jeden Mittwoch und Sonnabend**
**Ball**
**Kassenöffn. 6½ Uhr.**
**Joh. & R. Mittag.**
8317)

**Theaterverein „Freiheit" von 1906.**
**Großer bunter Abend**
**am Sonnabend, 21. Okt.**
im Gesellschaftshaus „Marli",
bestehend aus:
**Theater und humoristischen Vorträgen.**
Kassenöffn. 6½, Anf. 7½ U.
Ermäßig. 12 Mk., Kinder 6 Mk. mit Steuer.
8330) **Das Komitee.**

**Friedrich-Franz-Halle.**
Sonnabend, d. 21. Okt.:
**Großer Ernteball.**
Hierzu ladet ein
**L. Stamer.**
Jeden Sonntag: **Tanz.**
Eintritt frei. (8331

**Moislinger Baum**
Morgen Sonnabend **gr. Ball**
mit Künstler-Vorträgen unter Mitwirkung von **Gretel von Walden** und des Humoristen **Hermann Waron.**
8310 Rud. Jäde.

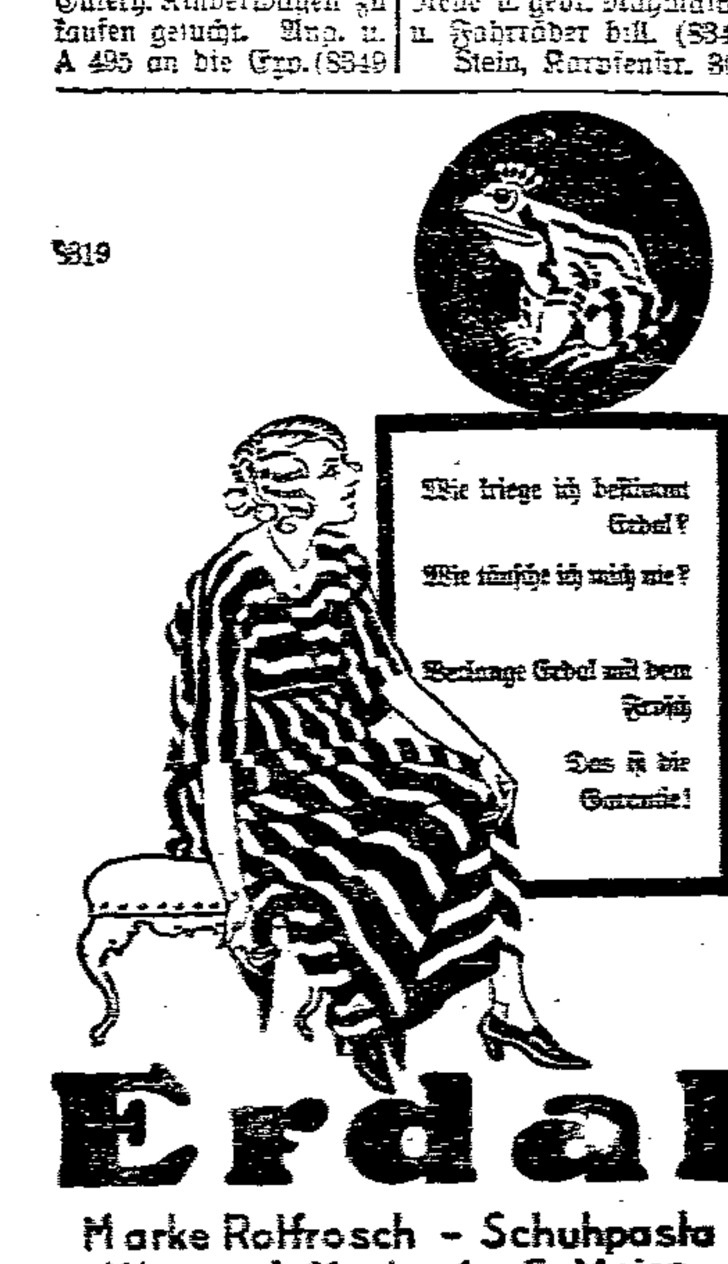
**Café „Vaterland"**
**Täglich Konzert**
der (8326
**Hamburger Künstler-Vereinigung.**
Direktion: **Adolf Martens**

**Trocadero.**
Schüsselbud. 4. F. 787
**Täglich ab 5 Uhr nachm.:**
**Fred-Leisner-Stimmungs-Konzerte.** 8318

**Hansa-Theater.**
Heute
Freitag 7½ Uhr
Wiederauftreten von Lissy Niemz nach überstandener Krankheit
**Ihre Hoheit die Tänzerin.**
Sonnabend, sowie Sonntag 7½ Uhr:
Erstaufführungen von
**Grigri.** 8308
Operette in 3 Akten von Paul Lincke mit Lissy Niemz in der Titelrolle und Reinhold Wolf als Negerkönig Magaweme.

**Stadttheater Lübeck**
Freitag, 7,30, Ab. C: **Die Fahrt ins Blaue.**
Sonnabend, 7.30, 5. Ab.-Vorst.: **Der Musikant, Die Puppenfee.**
Sonntag 10,30: **Tanzbühne Laban. Die Geblendeten.** Preise: 120, 80, 50 Mk.
2.15 Uhr: 2. Fremden-Vorst. **Der Zigeunerbaron.** 8328
7,30 Uhr: **Fidelio.**
Montag, 7,30: **Volksbühne: Carmen.**

8319




**Erdal**
Marke Rotfrosch – Schuhpasta
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Lübecker Volksbote

Beilage. Freitag, 20. Oktober 1922. Nummer 246.

# Freistaat Lübeck.

Freitag, 20. Oktober.

## Die Hansestädte gegen den Entwurf eines Reichsentlastungsgesetzes.

Der Reichsrat hat in seiner Vollsitzung vom 16. Oktober einen Entwurf eines Reichsentlastungsgesetzes angenommen, der gegenüber dem bisherigen Zustand eine wesentliche Verschlechterung für die deutschen Liquidations- und Ausgleichsgläubiger und eine schwere Belastung für die deutschen Ausgleichsschuldner bringt. Gegen diesen Beschluß haben die Senate der drei Hansestädte Verwahrung eingelegt mit nachstehender Erklärung:

Die Senate der drei Hansestädte können den vorliegenden Gesetzentwürfen nicht zustimmen, da sie nach ihrer Auffassung den berechtigten Ansprüchen weder der Liquidations- und Ausgleichsgläubiger noch der Ausgleichsschuldner und auch nicht den wirtschaftlichen Erfordernissen gerecht werden. Die Hansestädte gehen dabei bezüglich der Liquidations- und Ausgleichsgläubiger von der Tatsache aus, daß es sich um nichts anderes als um die Rückerstattungen für Werte handelt, die dem deutschen Reiche zugeflossen sind oder zufließen werden, und daß die Geschädigten nach der Verfassung, nach dem Friedensvertrage und nach der Deutschen Gesetzgebung einen Rechtsanspruch auf volle Entschädigung haben. Die in den vorliegenden Gesetzentwürfen bestimmten Entschädigungssätze führen dem Reichsfiskus Ueberschüsse von vielen Hunderten von Milliarden zu. Dagegen geben sie den Geschädigten nach dem augenblicklichen Goldwerte der Mark im Normalfalle nur 0,62 v. H. des ihnen entzogenen Eigentums zurück. Unter Mitberücksichtigung der vorgesehenen Zuschüsse für Entwurzelung und Wiederaufbau (von 0,92 v. H. bis 2,77 v. H.) wird ein Geschädigter im günstigsten Falle nur 3,63 v. H. wiedererhalten. Dazu sollen die Auszahlungen nur für einen Bruchteil in bar, der Restbetrag aber in Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von bis 8 Jahren erfolgen. Die Schatzanweisungen sind unter gegenwärtigen Verhältnissen so gut wie überhaupt nicht verkäuflich und ihre Verwertung wird jedenfalls eine weitere einschneidende Verschlechterung der Entschädigungssätze bringen. Dasjenige, was durch die vorliegenden Gesetzentwürfe in Aussicht genommen ist, bietet den Geschädigten auch nicht die geringste Möglichkeit, sich Ersatz für das ihnen Genommene zu schaffen. Vollends ist ausgeschlossen, damit dem Wiederaufbaugedanken auch nur im bescheidensten Rahmen gerecht zu werden. Bei den Bestimmungen für die Schuldner ist zu beanstanden, daß sie ihre Vorkriegsverbindlichkeiten zu dem vierfachen Vorkriegskurse erfüllen sollen. Es werden hiermit Verpflichtungen auferlegt, die in vielen Fällen zum Ruin und zur Brachlegung von Auslandsbeziehungen führen werden, deren Aufrechterhaltung für Deutschland vom größten Werte ist.

Trotz aller Würdigung der finanziellen Bedrängnis stehen die Hansestädte auf dem Standpunkt, daß Recht, Billigkeit und wirtschaftliche Erfordernisse dem Reiche die Pflicht auferlegen, ungleich höhere Entschädigungssätze für die Gläubiger und einen niedrigeren Einziehungssatz für die Schuldner festzusetzen, als die Gesetzentwürfe vorsehen. Die Hansestädte haben nur deswegen von der Erneuerung entsprechender Anträge Abstand genommen, weil sie nach der Ablehnung, die solche Anträge in den Ausschußberatungen erfahren haben, dafür keinerlei Aussicht auf Annahme durch den Reichsrat sehen.

Das Nachrichtenamt.
Dr. Bruckner.

## Den Hungerriemen enger . . .

Das Septemberheft von Richard Calwers Lebensmittelpreis-Uebersichten ist soeben erschienen. Die Verteuerung im Berichtsmonat beziffert sich für die bestimmte Menge von Nahrungsmitteln gegenüber dem August dieses Jahres für die **große Ration um 61,3 Proz.**, für die kleine Ration um 42,9 Proz. und für die Durchschnittsration um 56,9 Proz. In Zahlen errechnete Calwer die Steigerung der Kosten für die große **Ration von 2420,48 Mk.** auf 3904,35 Mk., für die kleine Ration (nur aus Kartoffeln, Brot usw. bestehend) von 766,63 Mk. auf 1095,29 Mk. und für den Reichsdurchschnitt **von 1593 Mk. auf 2499,82 Mk.** für eine vierköpfige Familie. Die Kosten der Lebenshaltung für folgende Orte betragen:

| | Große Ration Mk. | Kleine Ration Mk. | Durchschnitt Mk. |
|---|---|---|---|
| **Lübeck** | 4347,54 | 1094,60 | 2721,07 |
| **Hamburg** | 3912,39 | 1121,55 | 2516,97 |
| **Bremen** | 3856,50 | 1095,72 | 2473,11 |
| **Schwerin** | 3204,66 | 849,20 | 2026,53 |
| **Berlin** | 3898,35 | 1073,60 | 2485,87 |
| **Leipzig** | 4063,77 | 1094,75 | 2579,26 |
| **Dresden** | 3913,23 | 1106,30 | 2509,76 |
| **München** | 3318,33 | 1123,— | 2220,66 |
| **Köln** | 3889,23 | 1159,97 | 2524,60 |
| **Stuttgart** | 4112,03 | 1112,50 | 2612,27 |
| **Krefeld** | 4530,84 | 1266,80 | 2898,82 |
| **Dortmund** | 4191,30 | 1230,55 | 2710,82 |
| **Hannover** | 4050,73 | 1122,60 | 2588,19 |
| **Kiel** | 4310,37 | 1119,42 | 2714,89 |

Die Zahlen beweisen wiederum, daß unser Lübeck zu den teuersten Städten des ganzen Reiches gehört. Inzwischen sind aber wieder 5 Wochen ins Land gegangen. Fünf Wochen weitere Preissteigerung. Die Schraube ohne Ende scheint auf einen toten Gang gelaufen zu sein. Wie sollen aber angesichts dieses rapiden Preistempos die Löhne folgen? Bei den Brot-, Fleisch- und Kartoffelwucherern scheint jedes Schamgefühl in dem Dunstkreise ihres Profitverlangens aufgegangen zu sein. Wie hungrige Raben schreien sie tagtäglich über ihre Not, obwohl sie zum Teil schon im Geld ersticken. Nicht nur Kisten und Keller, sondern das Haus bis unters Dach ist meistens vollgestopft. So wirken die Agrarier für alle Kreise preisverteuernd, wie Calwers Ziffern getreulich berichten.

## Statistischer Monatsbericht über Lübeck
für September 1922.

Nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerungszahl Lübecks Ende September 122 374 gegen 119 824 im Vorjahre. Sie nahm also gegen 1921 um 2550 Köpfe oder 2,14 % zu, ging aber im September selber etwas zurück: der Geburtenüberschuß belief sich zwar auf 58, die Wanderungsbewegung schloß aber bei 1462 Zu- und 1786 Weggezogenen mit einem Verlust von 274 Personen ab. Ehen wurden 137 geschlossen, d. s. 24 mehr als im Vormonat und 22 mehr als im Vorjahre. Die auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnete Heiratsziffer betrug 13,4 (11,5). Von den Eheschließenden heirateten zum wiederholten Male 20 Männer und 17 Frauen. Die Zahl der Geborenen einschließlich der Totgeborenen war mit 177 (93 Knaben und 84 Mädchen) erheblich geringer als im Vormonat (222) und auch niedriger als im Vorjahre (186). Die auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnete Geburtenziffer (17,4) blieb infolgedessen um 4,3 hinter der vom August und um 1,1 hinter der vorjährigen zurück. Unter den Geborenen waren 24 oder 13,6 % unehelich und 4 oder 2,8 % tot. Gestorben sind 115 Personen, und zwar 51 männliche und 64 weibliche. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnet) belief sich auf 11,3 gegenüber 11,2 im August und 12,8 im Vorjahr. Im ersten Lebensjahre starben 19 Kinder, darunter an angeborener Lebensschwäche 10 und an Lungenentzündung 3. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer betrug 95,4 gegen 68,1 im August und 102,7 im vorigen September. Todesursache war 26 mal Krankheiten der Kreislauforgane, 13 mal Krebs, 10 mal Altersschwäche und je 8 mal Tuberkulose und Lungenentzündung.

## Für den Völkerfrieden.

**Vortrag Gerlach. — Die forschen Hakenkreuzler.**

In der Ortsgruppe Lübeck der Deutschen Friedensgesellschaft sprach am Donnerstag abend in der Aula des Johanneums der alte Vorkämpfer für Weltfrieden und Völkerversöhnung Helmut von Gerlach über „Deutsche Politik und Völkerbund". Der Referent verstand es vortrefflich, die Notwendigkeit Deutschlands zum Beitritt in den Völkerbund und die daraus erwachsenden Vorteile klarzulegen. Besonders hob Gerlach die Tatsache hervor, daß sich die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als eifriger Streber für die Friedensbewegung betätigt und im Dezember zu diesem Zweck einen besonderen Kongreß nach dem Haag einberuft. Der Grundgedanke des Völkerbundes, über den die Presse bisher nur das Schlechte verbreite, sei, die Interessenkonflikte zu mildern oder aus der Welt zu schaffen. Der Völkerbund habe die Aufgabe, an die Stelle der Gewalt den Standpunkt des Rechtes zu setzen. Die junge, noch mit Fehlern behaftete Organisation müsse sich zu einem Weltparlament der Völker auswachsen, das deren Willen verkörpere. Der Referent bedauerte, daß Deutschland noch keinen Schritt zur Aufnahme in den Völkerbund getan habe und forderte — was auch in einer Resolution festgelegt wurde — die Regierung auf, das Versäumte sofort nachzuholen. Allerdings dürfe als Vertreter Deutschlands nicht etwa ein Helfferich oder Ludendorff bestimmt werden, wie denn auch die ganze deutsche Politik ein anderes Aussehen gewinnen müsse, wenn wir mehr Ansehen in der Welt beanspruchen und insbesondere die uns günstig gesinnten neutralen Staaten weiter für uns geneigt halten wollten. Das Ausland achte genau auf die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland. Ministermorde und Justizskandale, die sich in der raschen und scharfen Aburteilung nach links und dem zarten Anfassen nach rechts äußerten, werden im Ausland nicht verstanden. Im Interesse unseres Ansehens im Auslande muß gezeigt werden, daß die junge deutsche Republik mit dem alten System endgültig gebrochen hat. Eine Politik der Verärgerung und der Revancheidee bringt uns nicht weiter. Der Sozialdemokratie werde im Kampfe um das Recht und um den Völkerfrieden die Hauptaufgabe zufallen. Das schlimmste wäre, wenn sich das deutsche Volk dem Fatalismus zukehren würde. Nationales und internationales gemeinsames Streben werde langsam aber sicher die jedem gesunden Menschenverstande widersprechende brutale Gewalt beseitigen und dem Rechte Geltung verschaffen.

Während und am Schlusse der Versammlung spielte sich ein kleines Intermezzo ab. Im Saale hatte sich der deutsch-völkisch infizierte Herr Dr. Wittern schreibbeflissen niedergelassen und auf dem Balkon waren die Erziehungsprodukte höherer Lehranstalten versammelt. Die Burschen versuchten gleich zu Beginn der Versammlung und später, als der Referent die Jünglinge des Jungdeutschen Ordens zerknüllte, sich mausig zu machen. Eine scharfe Zurechtweisung durch den Referenten und zwei Dutzend tatbereite Arbeiterfäuste im Hintergrunde genügten, um die aufgeblasenen Hosenmätze zur Raison zu bringen. Der Mut dieser Heldenjünglinge, die in ihrer grünen Unschuld gekommen waren, um ein deutschnationales Theaterstück aufzuführen, zerrann, als sie gewahr wurden, daß zur Führung eines Volkes Männer mit Verstand und nicht dumme Bengel mit großem Maul gehören. Deren Courage verflog um so schneller, als selbst die rechtsbeflissene chauvinistische Leuchte bei der Aufforderung zum Widerlegen der sachkundigen Ausführungen des Referenten eiligst die Türklinke in die Hand nahm. Wie die betrübten Lohgerber zog der hakenkreuzgeschmückte gymnasiale Stoßtrupp ab. Er fand mit seinem Herrott noch dem riesigen Beifall, der dem Referenten gezollt wurde, ein Härchen im Salat. Eine Frage noch: Kümmert sich die Oberschulbehörde auch um das Resultat dieser Erziehungsmethoden in den höheren Schulen? Wie wäre es, wenn den Buben eine Stunde Unterricht über Wohlerzogenheit reifen Männern gegenüber gegeben würde?

*

**Die Kartoffelernte im Lübischen.** Die Saatenstandsberichterstatter haben Anfang des Monats den voraussichtlichen Ernteertrag der Kartoffeln geschätzt. Ihre Angaben bewegten sich zwischen 240 und 480 Zentner vom Hektar Anbaufläche. Der für den gesamten Lübeckischen Staat vom Statistischen Landesamt errechnete Durchschnitts-Hektarertrag stellt sich auf 300 Zentner (62 Pfund auf die Quadratrute) gegen 243 Zentner im Vorjahre. Das um fast ein Viertel günstigere Ergebnis wird allerdings dadurch etwas beeinträchtigt, daß die diesjährigen Kartoffeln infolge der vielen Niederschläge wasserhaltiger und daher weniger dauerhaft sind als im Vorjahr.

**Sühne für einen dummen Streich.** Der Posthilfsschaffner Arnhold, der sz. mit 4 Millionen Mark Papiergeld am Elbe-Trave-Kanal spazieren ging, wurde vom Schöffengericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. A. war auf seinen Geisteszustand untersucht worden.

**Auszeichnung.** Herr Harry Maaß-Lübeck erhielt im Wettbewerb für die Errichtung einer Gedächnisstätte zu Ehren der gefallenen ehemaligen Hörer und Studierenden der Gartenbau-Hochschule Berlin-Dahlem den zweiten Preis.

**Volkshochschul-Tagung.** Die Frage der endgültigen Gründung eines allgemeinen deutschen Volkshochschul-Verbandes ist jetzt spruchreif. In verschiedenen Teilen Deutschlands haben sich die Volkshochschulen nach landschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengeschlossen. Auch für das niederdeutsche Sprachgebiet ist eine derartige Vereinigung zustande gekommen. Die Vereinigung niederdeutscher Volkshochschulen tritt erstmalig am 21. und 22. Oktober in unserer Stadt zu einer Hauptversammlung zusammen, die dem Verbande die endgültige Verfassung geben soll. Er will bei Wahrung völliger Selbständigkeit jeder einzelnen Volksbildungseinrichtung eine Arbeitsgemeinschaft zwischen allen Volksbildungsbestrebungen sein und durch dauernden Austausch von Erfahrungen und Darbietung wertvoller Anregungen das Volkshochschulwesen stärken und beleben. Außer den geschäftlichen Beratungen sieht das Programm der bevorstehenden Tagung auch mehrere wertvolle Vorträge mit anschließenden Aussprachen vor, z. B. von den Herren Kahle, Lehrer in Mohrkirch-Osterholz: „Der naturkundliche Unterricht in der Heimschule", Dr. Gerhard-Ratzeburg: „Volksbildungsarbeit auf dem Lande", und Rektor Ehmsen-Reinfeld: „Praktische Volksbildungsarbeit." Zu den Vorträgen haben auch Gäste Zutritt.

pb. **Festgenommen** wurde eine Näherin, die im Verdacht steht, ihrem Arbeitgeber nicht allein diverse Nahrungsmittel, sondern auch einen sehr wertvollen Pelzkragen und verschiedene Silbersachen gestohlen zu haben. — Festgenommen wurde ferner ein Vulkaniseur, der mit einem Komplizen in einem industriellen Unternehmen in Schwartau Brucheisen stehlen wollte.

pb. **Diebstähle.** Aus der Ziegelei Vorwerk sind zwei Flaschenzüge und eine Daumenkraft gestohlen worden. — Mittels Einbruches wurden in der Katharinenstraße eine längliche silberne Fruchtschale, eine silberne Zuckerdose, 3 Kaffeekannen, 1 Milchkanne, 1 Teekanne, 1 Teedose und 1 Teesieb aus Silber gestohlen

*

m. **Schönböken.** Der sozialdemokratische Verein hielt am Mittwoch seine Mitgliederversammlung ab. Die Genossen waren fast vollzählig erschienen. Genosse A. Dreger-Lübeck erläuterte kurz die Einigung der SPD. mit der USP. und hoffte, daß sie zum Segen der Arbeiterschaft gedeihen möge. Weiter behandelte der Referent die Teuerung, die in erster Linie auf den Versailler Friedensvertrag zurückzuführen sei. Eine Besserung ist nur durch die Revidierung des Friedensvertrages zu erwarten. Zum Schluß forderte Genosse Dreger die Versammelten auf, nicht durch die Erhöhung der Beiträge der Partei den Rükken zu kehren, sondern recht rege Agitation zu betreiben, damit wir zu jeder Zeit gewappnet sind. Dem Referenten wurde recht reger Beifall gezollt. Nur ein Genosse meldete sich zum Wort, der behauptete, die hohen Beiträge nicht zahlen zu können, da er als Arbeiter der Flenderwerft schlecht entlohnt würde, die Gewerkschaften aber nichts zur Besserung unternehmen. Der Mann hatte die Kühnheit, zu sagen, er bezahle seine Beiträge nur für die Bonzen in der Johannisstraße. Wir müßten unbedingt die Einheitsorganisation haben. Diese Ausführungen bezeichnete Genosse Dreger als das Gift der Linksradikalen. Die Union sei die kommende Streikbrechergarde des Unternehmertums, die uns bei kommenden Kämpfen in den Rücken fallen werde. Die nächste Mitgliederversammlung wird am 9. November abgehalten.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Stadttheater.** Sonnabend: „Der Musikant" und das Ballett; „Die Puppenfee".

**Hansa-Theater.** Heute Freitag, 7½ Uhr zum letzten Male: „Ihre Hoheit die Tänzerin". Sonnabend sowie Sonntag, 7½ Uhr „Grigri".

# Angrenzende Gebiete.

**Altona.** Das Geld im Schlipskarton. Von einem Freunde waren einem Geschäftsmann 180 000 Mark zur Aufbewahrung übergeben worden. Um das Geld „ganz sicher" aufzubewahren, tat er es in einen Karton, in dem sich Selbstbinder befanden. Es erschien nun ein junger Mann in dem Geschäft, um einen Selbstbinder zu kaufen. Der Geschäftsinhaber stellte ahnungslos den gehaltvollen Selbstbinder-Karton hin und der Käufer hatte nichts Eiligeres zu tun, als im unbewachten Augenblick das Geld verschwinden zu lassen. Nachdem er dann einen Selbstbinder gekauft hatte, verließ er mit der größten Seelenruhe das Geschäft und war längst verschwunden, als der Geschäftsmann den Verlust gewahrte.

**Kiel.** Das Kieler Schloß für Kulturzwecke. Nach einem Beschlusse des Hauptausschusses des Preußischen Landtages soll das Kieler Schloß der Provinz sofort für Kulturzwecke zur Verfügung gestellt haben. Das Oberpräsidium, das bisher das Schloß benutzte, soll sich nach anderen Räumen umsehen.

**Eckernförde.** Zusammenbruch des Wirtschaftslebens. Eckernförde steht auf dem Aussterbeetat, Industrie, Handel und Gewerbe liegen vollständig darnieder. Der Torpedo-Schießstand, der im Jahre 1911/12 erbaut wurde, beschäftigte rund 250 bis 300 Arbeiter. Die Umstellung dieses Betriebes hatte die Entlassung von rund 200 Arbeitern zur Folge. Eckernfördes Unterbau ist die Fischerei und Fischindustrie. Seit Jahren hat die Fischerei keine nennenswerten Fänge mehr an den Markt gebracht. Der Betrieb der Fischerei wird durch die kleinen Fänge und durch die ungeheuren Betriebskosten dermaßen unrentabel, daß zahlreiche Fischer nicht mehr zum Fang ausfahren können. Bei der Fischerei waren außer den Berufsfischern etwa 150 Arbeiter bei lohnender Beschäftigung angestellt. Die Arbeit in den meisten Betrieben der Fischindustrie ruht. Es ist infolge des schlechten Standes unserer Mark nicht mehr möglich, Fische aus den nordischen Ländern einzuführen. Fische von den Nordseefangplätzen (Altona, Cuxhaven, Geestemünde) aufzukaufen und hierher zu bringen, ist wegen der hohen Frachtsätze unmöglich. Infolge dieser Umstände ist unsere Fischindustrie, in der rund 400 bis 500 Arbeiter und Arbeiterinnen tätig waren, zum Erliegen gebracht. Mit dem Darniederliegen der Fischerei und der Fischindustrie geht Hand in Hand der Ruin der Fischkistenfabriken und der Sägewerke, in denen etwa 80 bis 100 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Eine Sägerei hat ihre Tore schließen müssen und in den anderen sind rund 50 Mann, zum Teil seit längerer Zeit, zum Teil jetzt entlassen worden. Das Baugewerbe muß in allernächster Zeit auch seine Tätigkeit einstellen, weil Geldmittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Auch in dieser Berufsgruppe werden im Laufe der nächsten Wochen 80 bis 100 Arbeiter erwerbslos werden. Alle ledigen jungen Leute sind längs ins Industriegebiet ausgewandert, zahlreiche verheiratete Arbeiter sind ebenfalls seit Jahren in den Hüttenwerken und Kohlenzechen Westfalens tätig, ein Zustand, der auf die Dauer die schlimmsten Folgen zeitigen kann. Der Ortsausschuß des ADGB. hat eine Hilfsaktion eingeleitet. Nach Verständigung mit dem Kreisvorstand des Landarbeiterverbandes wurden die Landarbeiter aufgerufen, Kartoffeln freiwillig und unentgeltlich abzuliefern. Ein halber Zentner wurde als Mindestlieferung zugrunde gelegt. Nach den bisherigen Ablieferungen ist festzustellen, daß fast durchschnittlich von jedem Landarbeiter ein Zentner Kartoffeln neben Suppenkraut, Aepfeln, Birnen usw. abgeliefert wurden. Die Arbeitgeber haben in allen Fällen freies Fuhrwerk zur Verfügung gestellt. Man rechnet mit 1000 Zentnern Kartoffeln. Damit wäre die Absicht, die Kinder-Bespeisungsküche (bei genügenden Mitteln auch für alte Leute) wieder einzurichten, erreicht. Auch der Reichslandbund und der Bauernverein wollen alles aufbieten, um reichlich Mittel zu beschaffen. Lieferungen sind bereits eingetroffen. Ein Landwirt hat sich verpflichtet, einmal im Monat — und zwar laufend bis April nächsten Jahres — 300 Liter Milch zu liefern. Die Industriearbeiterverbände haben beschlossen, pro Mitglied und Stunde vom verdienten Arbeitslohn 10 Pfg. oder wöchentlich 5 Mk., die Angestellten und Beamten monatlich 20 bezw. 25 Mk. Mindestbetrag abzugeben. Der Arbeitgeberverband, der Wirteverein, der Handwerkerbund und der Handelsverein stellen ebenfalls namhafte Beträge zur Verfügung. Das Hilfswerk ist gesichert. Hunderte kleine hungrige Mäuler können den Winter hindurch gestopft werden. Die Verwaltungskosten trägt die Stadt und die Gemeinde Borby, so daß die eingehenden Gelder nur zur Anschaffung von Eßwaren verwendet werden

# Gewerkschaften.

**Der Zentralverband der Dachdecker** hat eine Urabstimmung über den Anschluß an den Baugewerksbund stattfinden lassen. Die Mitglieder haben den Anschluß abgelehnt. Von rund 13 000 Angehörigen des Dachdeckerverbandes haben allerdings nur 7165 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Davon stimmten 3173 für den Anschluß, 3910 dagegen. Der Rest der Stimmen war ungültig. Bemerkenswert ist, daß der größte Teil der kommunistischen Mitglieder mit Nein gestimmt hat und eine große Zahl deshalb gegen den Anschluß stimmte, weil noch eine Anzahl baugewerblicher Berufe, darunter besonders die Zimmerer, nicht mit in den neuen Bund gehen, nach Ansicht dieser Kollegen der Baugewerksbund also nicht das sei, was sie sich immer darunter vorgestellt haben.

**Zur Arbeitszeit der Hausangestellten.** Aus dem Zentralverband der Hausangestellten schreibt man uns: Seit dem 12. November 1918 gibt es keine Gesindeordnung mehr, und die Hausangestellten müssen sich mit einigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches begnügen, wenn sie gezwungen sind, bei Streitigkeiten ihr Recht zu suchen. Das Fehlen gesetzlicher, die Eigenarten des Berufes berücksichtigender Bestimmungen macht sich seit langem unangenehm bemerkbar. Seit einem vollen Jahr beschäftigt sich der Vorläufige Reichswirtschaftsrat mit dem Regierungsentwurf des Hausgehilfengesetzes. Die zweite Lesung, die das Plenum im Juli 1922 vornahm, hat den Entwurf so wesentlich verschlechtert, daß die Arbeitnehmer sich nicht mehr weiter beteiligen mochten. In letzter Stunde wurde eine nochmalige Lesung beschlossen. Kürzlich fanden in ganz Deutschland Versammlungen für Hausangestellte statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Ortsgruppen des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands sehen in dem Antrag der Hausfrauenvereine auf Festsetzung einer neunstündigen Nachtruhe im Hausgehilfengesetz eine nicht scharf genug zu verurteilende fünfzehnstündige Arbeitszeit. Leider sind Bestrebungen im Gange, auch der übrigen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu nehmen, die Hausangestellten aber 15 Stunden pro Tag gesetzlich verpflichten zu wollen, übersteigt alle Grenzen. Es sind noch mehr Bestimmungen im Regierungsentwurf enthalten, die nicht annehmbar sind; so das geforderte Lichtbild. Die Hausangestellten lehnen dergleichen, durch nichts zu rechtfertigende Zumutungen mit aller Entschiedenheit ab und fordern, daß man ihren berechtigten Forderungen, Festsetzung einer 10stündigen Arbeitszeit mit entsprechenden Pausen und Freizeit und Ablehnung des Lichtbildes, Rechnung trage und das Hausgehilfengesetz so gestaltet, daß es ein wirksames Schutzgesetz für Hausangestellte wird."

Versäume kein Arbeiter und keine Arbeiterin, die ihnen bekannten Hausangestellten dem Zentralverband zuzuführen, denn auch hier gilt der gewerkschaftliche Grundsatz, daß nur eine starke Organisation wirksame Hilfe schaffen kann.

**Tagung der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz.** Vorige Woche trat in Genf die 10. Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz zusammen. Die Delegation Deutschlands bestand aus Prof. Heyde für die Regierung, Wissell, Aufhäuser, Giesberts, Prof. Ritzmann und Heniefer für die deutsche Sektion der Vereinigung. Entsprechend der Gliederung der Tagesordnung bildete die Delegiertenversammlung vier Kommissionen, die sofort ihre Beratungen aufgenommen haben. In die Kommission I für organisatorische Fragen wurden von deutscher Seite Giesberts, Heyde, Ritzmann, in die Kommission II für das Betriebsrätewesen, Aufhäuser, Wissell, Giesberts, in die Kommission III für den gesetzlichen Angestelltenschutz Aufhäuser, Heyde, in die Kommission IV für den Schutz der Hafenarbeiter Wissell, Ritzmann entsandt.

# Aus aller Welt.

**Das Berliner Mietshaus für 150 Dollars.** Allein im Neuköllner Steuerdezernat werden tagtäglich 6 bis 8 Verkäufe von Hausgrundstücken an Ausländer zur Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer veranlagt. Tatsächlich ist die Verkaufsziffer aber noch größer und im Neuköllner Bezirk mit etwa 250 monatlichen Verkäufen an das Ausland 5 Prozent des gesamten bebauten Grundbesitzes, so daß in einem Jahre die Stadt gut zur Hälfte ausverkauft sein kann. In den westlichen Bezirken mit ihren ungleich besseren Objekten ist die Verkaufsziffer eine noch höhere; hier sind ganze Straßenzüge vom Auslandskapital aufgekauft und zum Wohnen wie verkehrstechnisch gleich bevorzugte Straßen wie der Kaiserdamm sind bis auf Ausnahmen Ausland geworden. Die Kaufpreise schwanken erheblich, und es mag für einfache Mietshäuser durchschnittlich wenigstens das Doppelte in Papiermark der seit 1914 unverändert geführten gemeinen Werte bezahlt werden. Das Zweihunderttausendmark-Haus mit 15 000 Mk. Friedensmiete bezahlt danach bei 400 000 Mk. Kaufpreis der Amerikaner mit 150 Dollar, der Holländer mit 400 Gulden, der Schwede mit 600, der Norweger mit 900 Kronen. Oft kauft nur ein Strohmann, um nach ganz kurzer Zeit für das Doppelte weiterzuverkaufen; auf jeden Fall ist ein Vermittler, oft sind es auch deren zwei, im Spiel, die erhebliche Provisionen einstecken, kaum jemals weniger als der Vierteljahrslohn eines Arbeiters beträgt.

**Die Zigarre als Alibibeweis.** Ein eigenartiger Erpressungsversuch wurde im Berliner D-Zug an einem Reisenden verübt. Der Betreffende befand sich in einem Abteil mit einer Dame, die plötzlich von ihm Geld verlangte. Auf die ablehnende Antwort des einigermaßen Erstaunten wurde die „Dame" dringlicher und drohte, ihren Begleiter in den Verdacht zu bringen, sie belästigt zu haben, falls er ihrer Forderung nicht willfahren würde. Als auch das nichts half, riß sie sich die Bluse auf und zog die Notleine. Dem herbeieilenden Zugpersonal gegenüber beschuldigte sie den Reisenden eines belästigenden sittlichen Angriffes. Den Beweis könne man an ihrer Kleidung und ihrem Haar sehen. Die kritische Lage für den Ueberraschten wurde indes dadurch gerettet, daß er dem Bahnpersonal gegenüber auf die unversehrte Asche seiner Zigarre hinweisen konnte, die einem wirklichen Ueberfall doch kaum an der Zigarre geblieben wäre. Durch diesen Gegenbeweis gelang es, die Erpresserin zu entlarven, die sicherlich mit allen Schikanen arbeitete, hier aber ihren Meister gefunden hatte.

**Das Ende des Wilderers.** Wie aus Harzburg gemeldet wird, ist der berüchtigte Wilddieb Mückenheim dieser Tage im Elender-Revier von Forstbeamten erschossen worden. Mückenheim war von kolossaler körperlicher Kraft und Gewandtheit, ein baumlanger, unerschrockener Geselle, ein niemals fehlender Schütze, und das Wildern lag ihm im Blute. Er schoß, wie alle Wilderer, alles, was ihm vor die Büchse kam. Kürzlich erst hatte er an einem Tage neun Stück Hirschwild erlegt. Mückenheim hat mancher armen Familie abends ein Stück Fleisch ins Fenster gereicht. Er wurde von der Bevölkerung daher nicht gehaßt, sonst wäre es auch nicht möglich gewesen, daß er so oft entschlüpfen und sich so lange verborgen halten konnte. Mückenheim ist von Förstern und Gendarmen oft verhaftet worden, er wußte indessen immer wieder zu entkommen. Er sprang aus dem fahrenden Zuge, als er in das Gefängnis eingeliefert werden sollte; er zerriß seine Ketten und brach aus. Zuletzt wurde Mückenheim dann als vogelfrei im Walde erklärt. Vorige Woche ereilte ihn sein Schicksal.

**Zwei Raubmörder verhaftet.** Die Münchener Kriminalpolizei verhaftete den Inhaber einer keramischen Werkstatt, Christian Lederer und den Maler Fritz Mensel, die einen reichen Kunden, den holländischen Kaufmann Engelmann, in ihrer Werkstatt ermordeten und beraubten, dann die Leiche zerstückelten und zu verbrennen versucht hatten.

# Allerlei Wissenswertes.

## Der deutsche Varietémarkt.

Wer heute in einem Varietee sitzt und die Schaunummern beglich an sich vorüberziehen läßt, ahnt meist nicht, welche Schwierigkeiten sich augenblicklich der Zusammenstellung eines Varieteeprogramms entgegenstellen. Der Sturz der Mark hat es mit sich gebracht, daß die Gagen der Künstler heute ins Phantastische gestiegen sind. Künstler aus hochvalutarischen Ländern verlieren sich überhaupt nur noch in Ausnahmefällen nach Deutschland, weil die Gagen, die sie im Ausland erhalten, von unseren Varietees schlechterdings nicht zu erschwingen sind. Man muß beachten, daß zum Beispiel eine mittelmäßige Nummer von zwei Personen in Amerika 150 bis 200 Dollar für die Woche erhält. Würde eine solche Nummer nach Deutschland kommen, so wäre die Seereise zweiter Klasse von je 135 Dollar in Anrechnung zu bringen, und zwar verteilt auf die ganze Saison von etwa acht Monaten, weil dem ersten deutschen Varietee, bei dem sie auftreten, nicht zugemutet werden kann, die ganzen Kosten der Seereise sich aufbürden zu lassen. Die Nummer müßte also in Deutschland etwa 34 mal 200 Dollar zuzüglich 270 Dollar für die Reise, zusammen mindestens 7000 Dollar oder rund 14 Millionen Mark in acht Monaten, in einem Monat also rund 1¾ Millionen Mark an Gage erhalten. Dabei würde es sich um eine Nummer zweiten oder dritten Ranges handeln. Erstklassige Nummern erhalten in Amerika durchschnittlich 500 Dollar die Woche. Man sieht also, daß es im allgemeinen ausgeschlossen ist, Varieteekräfte aus hochvalutarischen Ländern für Deutschland zu verpflichten.

Aber auch deutsche erstklassige Nummern sind heute von den Varietees schwer zu bekommen. Besonders aus dem Vortragsfach. Diese Kräfte, soweit sie erstklassig sind, können ja ohnehin an den Fingern hergezählt werden. Sie verpflichten sich aber stets fast ausschließlich den Kabaretts, weil diese in der Lage sind, höhere Gagen zu zahlen. Hier spielt der Konsum eine große Rolle, denn manchmal steht bei den Kabaretts, die überwiegend von Ausländern aufgesucht werden, die Einnahme eines einzigen Tisches innerhalb weniger Stunden den Wochenaufwand für eine erstklassige Nummer. Für die Vortragskünstler besteht heute Hochkonjunktur, und sie wissen diesen Vorteil auch auszunutzen. Aehnlich liegen die Verhältnisse für die Tanzkräfte. Bei Tanzdielen oder Kabaretts spielt die Lustbarkeitssteuer eine geringere Rolle, weil sie auf dem Entree ruht, das hier dem Konsum gegenüber nicht ins Gewicht fällt.

Die Varietees sind in allen diesen Fällen im Nachteil. Es kommt aber noch dazu, daß ihnen auch die deutschen Kräfte vom Ausland weggeangelt werden. Für eine Einzelnummer ersten Ranges, die in Deutschland vielleicht 100 000 Mark monatlich erhält, wären in der Schweiz bei gleicher Bezahlung nur 250 Franken, in Holland etwa 160 Gulden aufzuwenden. Der Holländer zahlt aber gern 1000 Gulden und mehr. Natürlich läßt sich der deutsche Artist ein solches Engagement gern gefallen, weil er ja damit die Möglichkeit erwirbt, ein erhebliches Kapital nach Hause zu bringen.

Zu den in Deutschland nach und nach verschwindenden Nummern gehören auch die Dressurnummern. Hier unterbinden die großen Kosten nahezu die Existenzmöglichkeit. Dafür ein Beispiel. Im Wintergarten in Berlin produzieren sich augenblicklich drei Elefanten. Diese drei Tiere kosten allein für Futter und Streu täglich 7000 Mark. Der Transport in besonderem Waggon von München nach Berlin dürfte kaum weniger als 20 000 Mark gekostet haben. Das Ergebnis ist, daß eine solche Nummer kaum unter 400 000 Mark für den Monat zu haben sein wird. Für die Kosten überhaupt, die den Artisten durch die Entwertung der Mark verursacht werden, einige weitere interessante Beispiele. Eine Tänzerin, die eine Monatsgage von 15 000 Mark bezieht, hatte in München folgende Rechnung zu bezahlen: für das Zimmer monatlich 2000 Mark, Heizungszuschuß 1000 Mark, für die Benutzung des Flügels 750 Mark, täglich morgens und abends heißes Wasser zum Tee 300 Mark, elektrisches Licht 300 Mark, zusammen 5019 Mark allein für Wohnung und was damit zusammenhängt. In Berlin sind Artisten bis zu 15 000 Mark für ein Zimmer abverlangt worden. Man sieht in ihnen eben „Ausländer" oder wenigstens solche, die im Ausland das Geld scheffelweise verdienen. Daß es damit aber doch seine eigene Bewandtnis hat, zeigt folgende einfache Rechnung: eine in der Artistenwelt sehr bekannte Leiterkummet von vier Personen hatte ein Angebot nach Amerika. Die Reise 2. Klasse kostet, wie oben schon erwähnt, pro Person 135 Dollar, zusammen für vier Personen 540 Dollar. Dazu kommt die bei der Ankunft in Ellis Island zu entrichtende sogenannte Kopfsteuer. Wenn drüben auch gut verdient wird, wer aber zahlt zunächst das teure Geld für die Ueberfahrt?

Noch eine besondere Schwierigkeit belastet den deutschen Varieteemarkt. Die Verträge pflegen hier auf längere Zeit voraus abgeschlossen zu werden. Das Sinken der Mark bringt es mit sich, daß diese Verträge meist in kurzer Zeit unerfüllbar geworden sind. Dann entstehen Nachforderungen. Für Verhandlungen dieser Art ist ein aus Varieteedirektoren und Vertretern der Artisten-Organisationen bestehender Fachausschuß eingesetzt worden, der bei Streitigkeiten als Schiedsgericht fungiert und die zu zahlenden Gagensätze festlegt. In der Regel wird den Verhandlungen der Reichsindex zugrunde gelegt, der im August 7029 Mark, im September 11 376 Mark betrug. Als Mindestgage, die aber wohl nur theoretisch existiert, wurden für den Monat September 10 650 Mark oder 355 Mark täglich gegen 6600 Mark oder 220 Mark täglich im August festgesetzt. Die Reise innerhalb Deutschlands geht dabei zu den Lasten der Direktionen.

Es ist nach alledem nicht zu verwundern, wenn Kenner der Verhältnisse die Zukunft des deutschen Artistenstandes in sehr düsterer Beleuchtung sehen. Wenn das schlechteste Trikot heute 3000 Mark kostet, wenn eine junge Tänzerin, die eben erst den Weg auf die Bretter gefunden hat, für ein paar Tanzschuhe, die manchmal an einem Abend durchgetanzt sind, 750 Mark und mehr anlegen muß, dann kann man die Zeit berechnen, wo der kleinere deutsche Artist sich sagen muß: Weiter geht's nicht mehr. Sein Besitztum an Kostümen und Apparaten reißt mit der Zeit ab, und zu Neuanschaffungen reichen die Mittel nicht.

(Berl. Tagebl.)

# Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln).

Im einzelnen: 22. Oktober: Ziemlich halt, teils neblig-trübe, teils heiter, schwache S.- bis NO-Winde. Im Binnenlande Reif bezw. leichter Frost. Durchweg überall trocken. 23. Oktober: Wenig Aenderung; nur im S. und O. vereinzelte leichte Regenfälle. 24. Oktober: Kalt, teils wolkig, teils heiter, schwache NW.- bis NO.-Winde, trocken. Verbreitet Reif und im Binnenlande Nachtfrost. 25. Oktober: Tags milder, meist neblig-trübe, nachmittags aufklarend, schwache NO.-Winde. Vereinzelte Sprühregenschauer im N. und O. Sonst trocken. 26. Oktober: Nach kalter Nacht zunächst sonnig, später starkwolkig, auffrischende SO.-Winde, nachmittags und nachts im S. und W. Regen. 27. Oktober: Vorwiegend trübe, vielfach starke SW.- bis NW.-Winde, zeitweise verbreitete Regenfälle. 28. Oktober: Ziemlich mild, veränderlich, böige NW.-Winde, vereinzelte Regenschauer im N. und O.

# Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Ist das unbedingt nötig?

Wer in diesen Tagen einen Spaziergang durch die Ländereien der Strafanstalt Lauerhof und die anliegenden Aecker unternimmt, der sieht, daß Mannschaften der hiesigen Reichswehr eifrig dabei sind, sich auf diesem Terrain einen neuen Spielplatz zu schaffen. Es handelt sich um rund 2 Hektar guten Ackerbodens, der dadurch seinen Zwecken entzogen wird: Naturgemäß verringert sich dadurch die Anbaufläche für Feldfrüchte erheblich. Den bisherigen Pächtern dieses Ackerbodens ist als Ersatz Land auf der Exerzierkoppel zur Verfügung gestellt worden. Dieses ist von so schlechter Beschaffenheit, daß es sich nicht lohnt, es umzugraben. Es wirft sich die berechtigte Frage auf: Darf in der jetzigen Zeit wo tausende von Menschen sich nach einem kleinen Stück Ackerland sehnen, die in Frage kommende Behörde guten Ackerboden für Spielzwecke hergeben? Wenn auch der Sport in der Reichswehr gepflegt werden soll, so wird doch sicher die Truppe anderweitig Platz genug dafür finden. Als vor einigen Jahren ein Teil des Wesloer Exerzierplatzes parzelliert wurde, blieb ein großes Stück und zwar das fruchtbarste, liegen, weil darauf ein Spielplatz angelegt werden sollte. Dieses Stück liegt noch heute in demselben Zustande, wie damals. Warum wird diese Fläche wenn es durchaus sein muß, nicht der Reichswehr zugewiesen, ganz davon abgesehen, daß auf der Palinger Haide für Leute, die Zeit haben, dahin zu gehen, Platz zum Spielen in Hülle und Fülle vorhanden ist.

Johann Blanke.

# Neue Bücher.

**Theodor Thomas, „Gib meine Jugend mir zurück."** (Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, Preis geb. 120 Mk.) Kraß mit einem derben Galgenhumor zeichnet Thomas den Roman eines Großstadtjungen, das physische und geistige Elend der Proletarier usw. rollt das fürchterliche Milieu auf, in dem eine licht und freudlose Jugend heranwächst. Der Verfasser führt uns nach einem düsteren Wege durch die Brutstätten der Unmoral und des Verbrechens endlich doch auf die sonnige Höhe eines versöhnlichen, glücklichen Ausblicks.

### Quittung.

Für den Pressefonds gingen ein: Von den Bauarbeitern der Konsumvereins Bäckerei 1610 Mk.; Maler der Kochschen Werft 180 Mk.; B. K. 100 Mk.; H. H. 30 Mk.

Das Parteisekretariat.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.